



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 23. November 2012

**Antworten der Landesregierung zu den Fragen der Piraten-Fraktion zum
Haushaltsentwurf 2013 - Teil 1 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung
zu den durch die Piraten-Fraktion gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2013.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Heinold

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	3.923.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	3.240.800 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	3.899.300 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der starke Anstieg der Ausgaben, wenn die Anzahl der Beamtinnen und Beamten (S. 42 f.) nur einen leichten Zuwachs erhält und es sowohl in der Besoldungsgruppe B10 als auch A16 und A15 einen Rückgang zu verzeichnen gibt?

Antwort Landesregierung:

Zur Haushaltsaufstellung 2013 fand eine Mittelumschichtung in Höhe von 1.000,0 T€ von Titel 0301-428 01 nach Titel 0301-422 01 statt. Diese erfolgte, um eine Annäherung an das tatsächliche Verhältnis von Personalkosten für Beamtinnen und Beamten zu den Personalkosten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Staatskanzlei zu erreichen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42264
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	1.345.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.362.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Erfolgt eine Umstrukturierung des Personals von Beamten hin zu Angestellten, oder wodurch lässt sich der Rückgang erklären?

Antwort Landesregierung:

Im Projekt KoPers erfolgt keine Umstrukturierung des Personals von Beamten hin zu Arbeitnehmern. Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass KoPers als Projekt einem ständigen Entwicklungsprozess unterworfen ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42864
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	426.100 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	596.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Erfolgt eine Umstrukturierung des Personals von Beamten hin zu Angestellten, oder wodurch lässt sich der Anstieg erklären?

Antwort Landesregierung:

Im Projekt KoPers erfolgt keine Umstrukturierung des Personals von Beamten hin zu Arbeitnehmern. Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass KoPers als Projekt einem ständigen Entwicklungsprozess unterworfen ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	51764
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung von Drittanmietungen durch die GMSH

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	50.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wodurch ergeben sich die in den vorherigen Jahren noch nicht veranschlagten Kosten?

Antwort Landesregierung:

Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar.

Die erstmalige Anmietung der Liegenschaft Hopfenstraße 29 erfolgte im Jahr 2011. Die Veranschlagung erfolgt daher ab dem Haushaltsjahr 2013.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	51864
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	120.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wodurch ergeben sich die in den vorherigen Jahren noch nicht veranschlagten Kosten?

Antwort Landesregierung:

Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar.

Die erstmalige Anmietung der Liegenschaft Hopfenstraße 29 erfolgte im Jahr 2011. Die Veranschlagung erfolgt daher ab dem Haushaltsjahr 2013.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52501
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildungskosten einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	29.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	33.900 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	34.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie sind die im Vergleich zu den Ist-Augaben 2011 höheren Ansätze für 2013 begründet?

Wie hoch ist die derzeitige Ausgabenerwartung für das Jahr 2012?

Antwort Landesregierung:

Mit Inkrafttreten der §§ 9 Abs. 3 und 22 Abs. 3 und 4 der Allgemeinen Laufbahnverordnung bestehen seit dem 01.01.2011 quantitative Vorgaben für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen für Beamte. Für Arbeitnehmer bestehen keine Fortbildungsverpflichtungen, aus Gründen der Gleichbehandlung sollen ihnen jedoch dieselben Fortbildungsmöglichkeiten eröffnet werden wie den Beamten.

Aus diesem Grund wurde der Haushaltsansatz für den Titel 0301-525 01 zum Haushaltsjahr 2011 erstmalig erhöht. Die Umsetzung der Fortbildungsverpflichtung befand sich 2011 noch in der Anfangsphase. Insofern wurden die Mittel nicht voll ausgeschöpft.

Für das Jahr 2012 liegen die Ausgabenerwartungen bei etwa 30,0 T€.

In den kommenden Jahren wird der Haushaltsansatz in Höhe von 34,0 T€ durch verstärkte Fortbildungsarbeit voraussichtlich vollständig ausgeschöpft.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52564
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildungskosten einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	15.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	15.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Handelt es sich hierbei um einen jährlichen Wechsel der Ausgabenzuständigkeit mit der FHH, oder wie kommt es zu dem erneuten Anstieg?

Antwort Landesregierung:

Nein.

Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52701
Zweckbestimmung:	Reisekostenvergütungen

Ansatz Ist 2011:	114.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	78.300 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	90.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche geplante Tätigkeit führt zu dem Anstieg von fast 9% (Soll 2013: 133,6 T€ ohne Verrechnung mit den Einzelplänen 04 und 09) im Vergleich zum Soll 2012 (123 T€ Haushaltsplan 2011/2012) bzw. nach der hier angegebenen Verrechnung von fast 15%?

Antwort Landesregierung:

Die Veranschlagung der Reisekostenvergütungen erfolgt anhand des erwarteten Bedarfs unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten der vergangenen Jahre.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52764
Zweckbestimmung:	Reisekostenvergütungen

Ansatz Ist 2011:	17.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	18.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Handelt es sich hierbei um einen jährlichen Wechsel der Ausgabenzuständigkeit mit der FHH, oder wie kommt es zu dem erneuten Anstieg?

Antwort Landesregierung:

Nein.

Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53364
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2011:	475.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	200.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

- 1) Handelt es sich hierbei um einen jährlichen Wechsel der Ausgabenzuständigkeit mit der FHH?
- 2) Wie kommt es in dem Zusammenhang zu einer Kürzung im Vergleich zum IST-Wert von 2011, oder wie kommt es zu dem erneuten Anstieg im Vergleich zum Soll von 2012?

Antwort Landesregierung:

1. Nein.

2. Im Haushaltsentwurf 2013 konnte erstmalig eine nach Titeln differenzierte Konkretisierung der Ausgabeansätze im Projekt KoPers erfolgen. Die Haushaltsansätze 2013 stellen insofern eine Anpassung an die tatsächliche Ausgabenstruktur dar.

Die Anpassung des Haushaltsansatzes im Vergleich zum Ist des Haushaltsjahres 2011 spiegelt den projektimmanenten Verlauf der Bewirtschaftung wider bzw. entspricht den erwarteten Ausgaben für Werkverträge in 2013.

Anmerkung:

Die Ausgaben in der Titelgruppe 64 sind untereinander deckungsfähig.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53405
Zweckbestimmung:	Mitgliedsbeitrag des Ministerpräsidenten für die Mitgliedschaft im Förderverein Kieler Woche e.V.

Ansatz Ist 2011:	5.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	5.200 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	5.200 EUR

Frage/Sachverhalt:

Handelt es sich hierbei nicht um eine verdeckte Subvention der Kieler Woche, wenn der Haushaltsentwurf eine Mitgliedschaft in diesem Förderverein vorsieht?

Antwort Landesregierung:

Der Ministerpräsident ist das einzige institutionelle Mitglied im Kieler Woche Förderverein. Der Förderverein engagiert sich insbesondere bei der Finanzierung und Durchführung des "Classic-Open-Air-Konzerts" auf dem Rathausplatz in Kiel sowie bei der Unterstützung des Hoftheaters.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53564
Zweckbestimmung:	Veranstaltungen und sonstige Sachkosten

Ansatz Ist 2011:	1.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	5.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Handelt es sich hierbei um einen jährlichen Wechsel der Ausgabenzuständigkeit mit der FHH, oder wie kommt es zu dem erneuten Anstieg auch im Vergleich zum IST-Wert von 2011?

Antwort Landesregierung:

Nein, es handelt sich hierbei nicht um einen jährlichen Wechsel der Ausgabenzuständigkeit. Der Anstieg beruht auf die zu erwartende Phase, die das Projekt 2013 durchlaufen wird. Bevor die KoPers-Software in die Praxis überführt wird, wird es im Rahmen des Changemanagements zu einer Häufung von Veranstaltungen kommen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	28101
Zweckbestimmung:	Kostenerstattung für die Bewirtung von Besuchern

Ansatz Ist 2011:	104.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Ist hier ein Soll von null eingetragen, da es keine fundierte Grundlage zur Berechnung eines konkreten Wertes gibt, oder rechnen Sie tatsächlich mit keinen Einnahmen?

Antwort Landesregierung:

Im Haushaltsjahr 2012 sind bisher 90,0 T€ vereinnahmt worden. Für 2013 werden Einnahmen in ähnlicher Höhe erwartet.

Der Titel wird nach langjähriger Praxis in Abstimmung mit dem Finanzministerium als Leertitel ausgewiesen. Die tatsächlichen Einnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 0302-529 02 verwendet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	52699
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	400.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Kalkulation liegt der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne zugrunde?

Antwort Landesregierung:

Die Kalkulation der Kosten wurde auf Basis der Kosten zum Landesentwicklungsplan 2010, der Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten sowie anderer Erfahrungswerte und aktueller Erhebungen durchgeführt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	03
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	53105
Zweckbestimmung:	Grundlagen der Landesplanung

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	27.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Entfällt hierbei auch ein Teil auf Gebühren für Geodaten?

Antwort Landesregierung:

Bei dem Ansatz entfällt auch ein geringer Teil auf die Beschaffung von digitalen Kartengrundlagen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	11101
Zweckbestimmung:	Gebühren und tarifliche Entgelte

Ansatz Ist 2011:	107,2 T€
Ansatz Soll 2012:	150,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	400,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Ist die Erhöhung der Einnahmen durch Gebühren für glücksspielrechtliche Genehmigungen auf Grundlage des aktuellen Glücksspielgesetzes SH oder auf Grundlage des von der Koalition angestrebten Glücksspieländerungsstaatvertrages kalkuliert?

Antwort Landesregierung:

Die Erhöhung der Einnahmen wurde auf Grundlage des geltenden Rechts (Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels – Glücksspielgesetz) kalkuliert. Es werden zwar keine neuen Genehmigungen erteilt werden, es ist aber davon auszugehen, dass sich bei diesem Haushaltstitel keine Änderungen bzgl. der eingestellten Beträge ergeben, da für die Überwachung der Genehmigungen Gebühren erhoben werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	38101
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)

Ansatz Ist 2011:	6.174,0 T€
Ansatz Soll 2012:	6.174,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	6.174,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum sind die Einnahmen nicht auf Grundlage des Glücksspielstaatsvertrages und dem Ausführungsgesetz kalkuliert?

Antwort der Landesregierung:

Die jetzige Formulierung der Zweckbestimmung beruht auf einer versehentlichen Nichtberücksichtigung gesetzlicher Änderungen. Korrekter Weise hätte die Zweckbestimmung lauten müssen „Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)“. Die Kalkulation der Einnahmen in den Erläuterungen zum Titel ist nach der geltenden Rechtslage zutreffend.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	8.668,6 T€
Ansatz Soll 2012:	8.352,4 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	6.804,4 T€

Frage/Sachverhalt:

1) Wie wurde der SOLL-Wert 2013 ermittelt? Nach Berücksichtigung der Übertragungen ergibt sich der SOLL-Wert weder aus dem IST-Wert 2011 noch dem SOLL-Wert 2012. Nach Abzug und Zubuchung der aufgeführten Beträge verbleibt immer noch ein größeres Soll. Auf Grundlage des SOLL-Wertes 2012: 7.023,1 T€. Auf Grundlage des IST-Wertes 2011: 7.339,3 T€.

2) Der SOLL-Wert 2012 ist nicht nachvollziehbar. Im Doppelhaushalt 2011/2012 war ein SOLL 2012 von 8.133,7 T€. Wie wird dieser Betrag erreicht?

Fragen der

Antwort Landesregierung:

Zu Fragen 1) und 2):

Das im Haushaltsentwurf (HHE) 2013 vorgegebene Soll 2012 ist nicht geeignet, das Soll 2013 mit den in den Erläuterungen aufgeführten Beträgen zu errechnen. Das liegt u. a. daran, dass nach Regierungsneubildung mit der Organisationsänderung zum 1.09.2012 im Haushaltsvollzug 2012 teilweise lediglich gekürzte Jahresbeträge zwischen den Ressorts umgesetzt wurden. Diese aus dem Haushaltsvollzug generierten Summen erscheinen im HHE 2013 als Soll 2012. Für das Haushaltsjahr 2013 müssen jedoch den „alten“ Sollbeträgen (siehe Einzelplan 04 des Innenministeriums 2011/12) für 2013 Ganzjahresbeträge hinzugefügt bzw. abgezogen werden.

Für eine nachvollziehbare Berechnung ist vom „alten“ Soll 2012 auszugehen. Die Berechnung lautet dann wie folgt:

	- in T € -
altes Soll 2012 (s. HHPlan 2011/12)	8.133,7
Änderungen gem. Erläuterungen HHE 2013:	
Einsparung 10 v. H. Stellenreduzierung bis 2020	- 869,0
IM interne Istanpassung:	
von 0402-422 01 (Sport)	+ 40,0
Regierungsneubildung:	
von 0507-422 01 (FM Dienstrecht)	+ 187,7
von 0509-422 01 (FM ZIT)	+ 706,8
von 0301-422 01 (StK Aus-/Fortbildung)	+ 243,5
nach 0301-42201 (StK Landesplanung)	- 931,5
IM intern „outputorientierte Budgetierung“:	
nach 0401-422 70 (ZIT)	- 706,8
Gesamt (= Soll 2013):	6.804,4

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42801
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	4.706,0 T€
Ansatz Soll 2012:	5.283,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	4.530,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Nach Berücksichtigung der Übertragungen sowohl bei dem IST-Wert 2011 als auch bei dem SOLL-Wert 2012 erscheint der SOLL-Ansatz 2013 immer noch als zu gering. Welche weiteren Faktoren wurden bei dem Ansatz berücksichtigt?

Antwort Landesregierung:

Für eine nachvollziehbare Berechnung ist vom „alten“ Soll 2012 (siehe Einzelplan 04 des Innenministeriums 2011/12) auszugehen, dieses ergänzt um die mit Regierungsneubildung und der Organisationsänderung zum 1.09.2012 erforderlichen Änderungen. Die Berechnung lautet dann wie folgt:

	- in T € -
„altes“ Soll 2012	4.972,2
Regierungsneubildung:	
von Titel 0509-428 01 (FM/Zentrale IT)	+ 739,7
von Titel 0301-428 01 (Staatskanzlei/Aus- u. Fortbildung)	+ 71,5
nach Titel 0301-428 01 (StK/Landesplanung)	- 513,3
IM intern „outputorientierte Budgetierung“:	
nach 0401-428 70 (ZIT)	- 739,7
Gesamt (= Soll 2013):	4.530,4

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53301
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2011:	90,8 T€
Ansatz Soll 2012:	100,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	110,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Vollzeitstellen werden durch den Einsatz der externen Dienstleister abgedeckt?

Antwort Landesregierung:

Derzeit werden 3 Mitarbeiter der Fa. Safe für Pförtner- und Sicherheitsdienste eingesetzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53501
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes

Ansatz Ist 2011:	716,9 T€
Ansatz Soll 2012:	945,1 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	975,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum werden die geplanten Ausgaben für 2013 auf 975,4 T€ erhöht, obwohl der IST-Wert 2009 bei 717,7 T€ und der IST-Wert 2011 bei 716,9 T€ lagen?

Antwort Landesregierung:

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es im Bereich des Verfassungsschutzes neben verlässlich kalkulierbaren Positionen auch eine Vielzahl von Positionen gibt, die nur anhand von Erfahrungswerten aus den zurückliegenden Jahren geplant werden können. Hierbei handelt sich um Mittel, die für teilweise kostenintensive operative Maßnahmen wie z. B. Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz einschließlich eventuell erforderlich werdender Dolmetscherkosten, langandauernde Observationen oder verstärkte Werbungsaktivitäten benötigt werden. Die tatsächliche Durchführung, Häufigkeit, Intensität und Dauer solcher Maßnahmen wird erst im Laufe des aktuellen Haushaltsjahres maßgeblich von den Aktivitäten der Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes bestimmt. Hier können bei der Haushaltsaufstellung daher nur Mittelwerte der Vergangenheit zu Grunde gelegt werden. Daher können sich am Ende eines Haushaltsjahres Minderausgaben ergeben. Die operative Einsatzfähigkeit des Verfassungsschutzes muss jedoch auch mit Blick auf die Zukunft zu jedem Zeitpunkt finanziell gewährleistet sein.

Dies vorangestellt, wird die Frage wie folgt beantwortet:

Hauptursächlich für das Unterschreiten der Planungsdaten der angesprochenen Jahre war die immer wieder verzögerte Einführung des Digital-Funks sowie sich dann anschließende Verzögerungen bei der Anpassung von Geräten und Zubehöerteilen für Sondereinsatzzwecke. Im Rahmen der Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung wurden diese Mittel in den

Fragen der

zurückliegenden Jahren nicht verbraucht und mussten in die Planungen für die Folgejahre erneut aufgenommen werden. In 2011 fiel zudem der Anteil erforderlich werdender kostenintensiver operativer Maßnahmen geringer aus.

Nennenswerte Mittel für den Digital-Funk fließen bereits im laufenden HHJ ab. Im HHJ 2013 sind weitere notwendige Investitionen vorgesehen. Zusätzlich ergibt sich ein weiterer Mittelbedarf im Zusammenhang mit der Einrichtung des „Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechts“ mit Standort in Köln und Meckenheim.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	61301
Zweckbestimmung:	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	200,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	344,1 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird mit einer Erhöhung der Ausgaben nach § 32 FAG um 75 % gerechnet?

Antwort Landesregierung:

Der Haushaltsansatz von 344,1 T€ für 2013 basiert auf den Anfang September 2012 bekannten Fusionsüberlegungen. Nach den aktuellen Informationen sind im Zusammenhang mit der in 2013 anstehenden Kommunalwahl konkret 4 Gemeindefusionen geplant. Die Eingemeindung der Gemeinde Siezbüttel in die Gemeinde Schenefeld (Kreis Steinburg) erfolgt zum 1. Januar 2013. Zum 1. März 2013 sollen daneben 3 Fusionen im Kreis Schleswig-Flensburg erfolgen. Es handelt sich hier um die Gemeinden Quern und Steinbergkirche, die Gemeinden Havetoftlojt, Satrup und Råde sowie die Gemeinden Ekenis, Kiesby und Boren. Ob die Fusion der zuletzt genannten 3 Gemeinden tatsächlich zu Stande kommt, ist noch offen, da in der Gemeinde Ekenis ein Bürgerbegehren gegen die Fusionspläne eingereicht worden ist. Die Zuweisungen nach § 32 FAG für diese 4 freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen werden in der Summe 188,9 T€ betragen. Darüber hinaus haben die Städte Tornesch und Uetersen ein Gutachten in Auftrag gegeben zur Prüfung einer möglichen Fusion, die ggf. in 2013 stattfinden könnte. Die Zuweisung würde sich auf 100,0 T€ belaufen. Der Ansatz des Titels wird an den jetzigen Erkenntnisstand angepasst und auf ein Soll von 290,0 T€ reduziert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	38101
Zweckbestimmung:	Anteile der Fachressorts für Statistiken

Ansatz Ist 2011:	404,9 T€
Ansatz Soll 2012:	0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird der Titel leer und ohne Übertragungen an einen anderen Titel ausgebracht, obwohl 2009 Einnahmen von 7,249 T Euro und 2011 von 404.9 T Euro bestanden? Warum wird davon ausgegangen, dass hier keine Einnahmen mehr erzielt werden können?

Eine mögliche Verteilung innerhalb und außerhalb des Ressorts wird nicht dargestellt.

Antwort Landesregierung:

Es handelt sich um einen sog. Verrechnungstitel, der ohne Ansatz im Haushalt ausgebracht wird, um die Mittelflüsse zwischen den Ressorts darzustellen. Die Mittel sind in den einzelnen Ressorts bei 685 04 veranschlagt und werden über einen Verrechnungstitel der Hauptgruppe 9 an das IM ausgezahlt und im IM über den Titel 381 01 vereinnahmt. Durch den Zuflussvermerk stehen die Mittel dann für Ausgaben in der Maßnahmegruppe 07 (Statistik) zur Verfügung. Diese Verfahren gewährleistet die zuschussneutrale Abbildung der Ressortdeckung Statistik.

Die Einnahmen werden in Höhe der veranschlagten Ausgaben in den Ressorts bei 685 04 erwartet.

Jedes Ressort weist im Anhang zum jeweiligen Einzelplan die Statistiken des Ressorts nach, im Anhang zum Einzelplan des IM sind alle zahlungswirksamen Statistiken aufgeführt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	68510
Zweckbestimmung:	Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts

Ansatz Ist 2011:	19.820,0 T€
Ansatz Soll 2012:	14.789,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5.945,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf Grundlage des SOLL 2012 -unter Berücksichtigung der Übertragungen- ergibt sich ein SOLL von 4.997,5 T€, und unter Grundlage des IST 2011 von 10.027,8 T€. Wie ist der Ansatz ermittelt?

Antwort Landesregierung:

Fragen der

Grundlage für die Ermittlung der in den Einzelhaushalten zu veranschlagenden Ressortanteile ist der Anteil des Trägerlandes Schleswig-Holstein am Finanzbedarf des Statistikamtes Nord aus der Finanzplanung für 2013. Basis für die Ermittlung der Anteile der Ressorts ist der Durchschnitt der Verhältnisse der jeweiligen Ressortkosten für Statistiken zu den Gesamtkosten der Jahre 2009 und 2010.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42863
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	2.132,1 T€
Ansatz Soll 2012:	2.546,8 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	2.546,8 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird an dem bestehenden SOLL-Wert für 2012 festgehalten, obwohl die Personalkosten deutlich darunter gelegen haben?

Antwort Landesregierung:

Die Zentrale Fahrbereitschaft beim Innenministerium hat ressortübergreifend Cheffahrer und Fahrer zu stellen. Die Personalplanung unterliegt daher besonderen Kriterien, die nicht ausschließlich durch das Innenministerium zu steuern sind.

Die für das Jahr 2013 zu erwartenden Personalkosten bei Titel 0401 42863 werden das Ist aus 2011 nach den jetzigen Planungen um ca. 120.000 € übersteigen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	51463
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

Ansatz Ist 2011:	337,7 T€
Ansatz Soll 2012:	498,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	498,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird trotz der IST-Werte von 319 T€ (2009) und 337 T€ (2011) an der Kalkulation von 498 T€ festgehalten?

Antwort Landesregierung:

Der Ansatz wird der tatsächlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	11101
Zweckbestimmung:	Gebühren und tarifliche Entgelte

Ansatz Ist 2011:	8.532,6 T€
Ansatz Soll 2012:	9.000,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	9.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

- 1.) Ist es zutreffend, dass sich die in der Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 08.10.2012 erwähnten strukturellen Mehreinnahmen durch die Gebührenanpassung / Aktualisierung der Landesverordnung über Gebühren des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein in Höhe von 1 Mio. Euro nicht in einer Erhöhung des Sollwertes 2013 widerspiegeln, da ursprünglich mit einer Reduktion des Sollwertes kalkuliert wurde?
- 2.) Wie kann in diesem Zuge von strukturellen Mehreinnahmen ausgegangen werden, wenn die Einnahmen auf dem Vorjahresniveau gehalten werden?
- 3.) Mit welcher Datengrundlage sind Sie in der Lage, diese komplexe Einnahmestruktur zu berechnen?
- 4.) Warum gehen Sie von einer strukturellen Erhöhung aus?

Fragen der

Antwort der Landesregierung:

1. Ja, es waren ursprünglich sinkende Einnahmen erwartet worden, die durch die Anpassung der Gebührenordnung voraussichtlich kompensiert werden.
2. Durch die Gebührenerhöhung kann das LVerMGeo grundsätzlich für die von ihm erbrachten Leistungen dauerhaft höhere Einnahmen erzielen. Dies ist aus Sicht des Haushalts eine sogenannte strukturelle Mehreinnahme, ohne die der Einnahmerückgang noch höher ausfallen würde.
3. Einerseits durch Beobachtung der Einnahmesituation und Berücksichtigung aktueller Ertragsveränderungen, andererseits durch Prognose zur Auftragsentwicklung. Die Auswirkungen der durch das Geodateninfrastrukturgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) vom 15. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 717), geändert durch Gesetz vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89, 94) bedingten Einnahmerückgänge können noch nicht abschließend eingeschätzt werden, da diese erst sukzessive, seit dem 01.01.2011 wirksam werden.
4. Trotz Rückgang des Auftragsvolumens werden die Gebühren für jeden Einzelantrag steigen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	51401
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

Ansatz Ist 2011:	336,7 T€
Ansatz Soll 2012:	510,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	420,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum ist trotz der geplanten Reduktion der Fahrzeuge ein Puffer von knapp 100 T€ im Vergleich zum IST-Wert von 2011 eingebaut worden?

Antwort der Landesregierung:

Von den heute (19.11.2012) vorhandenen 49 Dienst-Kfz. sind 26, d.h. 53 % älter als 10 Jahre. Für 14 dieser Fahrzeuge liegen Aussonderungsgutachten entweder vor oder sind beantragt. Altersbedingt sind höhere Reparatur- und Wartungskosten unumgänglich. Die Kraftstoffpreise liegen deutlich über dem Niveau von 2011.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	53301
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2011:	183,8 T€
Ansatz Soll 2012:	180,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	255,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt die Erhöhung um 75 T€ zustande?

Antwort der Landesregierung:

Die Zunahme der Kosten für Druck- und kartographische Arbeiten ist begründet durch den Wegfall der hauseigenen Druckerei im Jahr 2013. Dadurch werden Druckarbeiten ausschließlich durch Fremdvergabe möglich.

Bislang druckt das Landesamt für Vermessung und Geoinformation seine Landkartenprodukte in der hauseigenen Druckerei. Durch das Ausscheiden der Mitarbeiter in der Druckerei werden die Druckmaschinen jedoch Anfang bzw. Mitte 2013 stillgelegt. Daher müssen Auflagedrucke der Karten zukünftig extern beauftragt werden. Dafür werden die beantragten Vergabemittel unbedingt benötigt.

In den Jahren 2013 bis 2015 steht bei den Regelkartenwerken zudem die Umstellung auf eine neue bundeseinheitliche Kartengraphik an. Die Umstellung in einem vertretbar kurzen Zeitraum (2013-2015) macht eine erhöhte Zahl an Auflagedrucken notwendig. Die aus den Regelkartenwerken abgeleiteten Karten müssen ebenfalls entsprechend umgestellt und neu ausgedruckt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	13201
Zweckbestimmung:	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen

Ansatz Ist 2011:	111,4 T€
Ansatz Soll 2012:	120,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	654,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Woher konkret beruht die Steigerung der Einnahmen auf das ca. 5,5-fache des SOLL-Wertes von 2012?

Antwort Landesregierung:

Die Steigerung der Ansätze berücksichtigt die Einnahmen aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen, für die 2013 Neufahrzeuge beschafft werden sollen. Der Reinvestitionszyklus sieht im Jahr 2013 einen erhöhten Beschaffungsbedarf vor.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	23163
Zweckbestimmung:	Kostenerstattungen für die Bereitstellung eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	1.843,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.617,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wenn die externen Nutzer nach und nach angeschlossen werden, müsste die Nutzerzahl steigen. Ebenso müssten die Nutzungsentgelte steigen. Aktuell sind 2012 - 1.843,0 T€ und 2013 - 1.617,0 T€ veranschlagt. Wieso sinken die veranschlagten Einnahmen bei voraussichtlich steigenden Nutzerzahlen?
2. Wieso gab es in 2011 keine Einnahmen bei diesem Titel?
3. Wenn in 2012 schon Einnahmen veranschlagt wurden, welche IST-Einnahmen sind aktuell bereits dem Landeshaushalt zugeflossen?
4. Wie setzen sich die Kostenerstattungen zusammen?
5. An welchen Betriebskosten werden die Kommunen und Rettungsdienste beteiligt und mit welchem Prozentsatz werden sie beteiligt?

Antwort Landesregierung:

Zu 1., 4., und 5.

Die Veranschlagung erfolgt bislang nur für die Erstattung der Betriebskosten durch den Bund aufgrund des „Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)“.

Erstattungen anderer Nutzer (nichtpolizeiliche BOS) sind auch für 2013 nicht veranschlagt, da diese das Digitalfunknetz dann noch nicht im Echtbetrieb nutzen. Erst danach beginnt nach der abgeschlossenen „Verwaltungsvereinbarung über die Verteilung der Betriebskosten des

Fragen der

Digitalfunknetzes des schleswig-holsteinischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)“ die Zahlungspflicht für den Betrieb der Basisstationen, der Netzabschnitte, des Zugangsnetzes und die laufenden Kosten der Autorisierten Stelle gemäß Bundeskonzept. Die Betriebskosten tragen das Land zu 75 % und die kommunalen Gebietskörperschaften zu 25 %.

Zu 2. und 3.

Durch den zeitlichen Verzug im Projektablauf zur Errichtung des Digitalfunknetzes sind 2011 nur geringe Betriebskosten entstanden, die noch nicht mit dem Bund abgerechnet wurden. Ebenso ist eine Abrechnung mit dem Bund für 2012 noch nicht erfolgt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	262.401,1 T€
Ansatz Soll 2012:	259.264,7 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	259.965,5 T€

Frage/Sachverhalt:

- 1) Worin wird trotz der bereits jetzt vorhandenen Überschreitung des Budgets die Beibehaltung begründet, wenn zugleich 101 Beförderungen im Personalplan erfolgen (S. 183)?
- 2) Wie wird die geplante Einrichtung eines Polizeipräsidiums neutral im Hinblick auf die Personalkosten durchgeführt?

Antwort Landesregierung:

Eine Überschreitung des Budgets ist nicht gegeben. Ein Ausgleich erfolgt über die zustehenden Tarifverstärkungsmittel. Für die sich aus den Stellenhebungen ergebenden Beförderungsmöglichkeiten sind zusätzliche Mittel eingestellt worden.

Die mögliche Einrichtung eines Polizeipräsidiums ist nicht Bestandteil des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2013.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	42203
Zweckbestimmung:	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2011:	5.940,4 T€
Ansatz Soll 2012:	7.269,4 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	7.269,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Wurde bei der Budgetberechnung lediglich das bisherige Budget fortgeschrieben, oder erfolgte die Beibehaltung, weil die Kosten in Folge der Erhöhung der Anwärterstellen steigen werden?

Antwort Landesregierung:

Das Budget für die Anwärterinnen und Anwärter des Polizeivollzugsdienstes wurde für den tatsächlichen Bedarf in 2013 berechnet. Eine Auskömmlichkeit ist damit gewährleistet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	42801
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	33.444,5 T€
Ansatz Soll 2012:	31.269,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	33.135,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Wieso wird das Budget unter dem IST-Wert von 2011 gehalten, obwohl 32 neue Stellen und 382 Beförderungen geplant sind (S. 186)?

Antwort Landesregierung:

Der Ansatz für 2013 enthält noch keine Tarifverstärkungsmittel. Diese werden erst im laufenden Verfahren durch das Finanzministerium zugewiesen.

Es sind keine 32 neuen Stellen im Haushalt der Landespolizei eingestellt worden. Vielmehr wurden aufgrund der Auflösung des Amtes für Katastrophenschutz Stellenpläne aufgelöst und die Tarifstellen der Stellenübersicht 0410 42801 zugewiesen.

Es handelt sich um 382 Stellenhebungen, die fast ausschließlich aufgrund der Neufassung der Entgeltordnung notwendig sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51101
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2011:	5.324,9 T€
Ansatz Soll 2012:	4.675;0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5.148,0 T€

Frage/Sachverhalt:

- Ist es zutreffend,
1. dass ein Großteil der Beschaffungen in der Polizei auf diesem und anderen Titeln über die GMSH als Dienstleister läuft,
 2. dass der Personalaufwand bei der Polizei für die Auswahl der Bedarfe und für die vergabefertige Aufbereitung dieser Bedarfe ebenso hoch ist wie bei direkter Beschaffung,
 3. dass die GMSH erst jüngst die vom Auftragswert unabhängigen sog. "Vergabepauschalen" von 300 Euro auf 400 Euro (33 %) erhöhte,
 4. dass diese Vergabepauschalen schon mal höher sein können als der Wert des zu beschaffenden Artikels und
 5. dass diese Kosten als Einnahmen der GMSH den Sachhaushalt der Polizei erheblich belasten?
 6. Wie hoch waren die an die GMSH gezahlten Leistungsentgelte im gesamten Beschaffungswesen der Landespolizei 2012?
 7. Sind kostensenkende Maßnahmen (Ausnahmen vom Kontrahierungszwang) geplant?
 8. Ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt worden (z.B. Vergleich Vergaben durch GMSH - Kostenaufwand - Vergaben durch das Personal der Stabsbereiche 2 der Polizei selbst /Vergaben durch Landespolizeiamt)?

Fragen der

Antwort Landesregierung:

1. Für einen Großteil der Beschaffungen der Polizei ist die GMSH Beschaffungsdienstleister (Kontrahierungszwang). Die GMSH übernimmt hierfür die gesamte Kommunikation mit Anbietern sowie die vergaberechtliche Verwaltung der Vergabevorgänge.
2. Insgesamt nein; für polizeispezifische Beschaffungen sind zeitintensive Vorarbeiten, zum Beispiel die Erstellung von Leistungsbeschreibungen, von den Fachabteilungen der Polizei zu erbringen.
3. Die pauschalen Ausschreibungsgebühren der GMSH für „einfache“ freihändige Vergaben in Aufträge der Landespolizei haben sich seit 2009 von 250 € zzgl. Steuer auf aktuell 400 € erhöht. Die Ausschreibungsgebühr wird aber inzwischen umsatzsteuerfrei berechnet.
4. Die Ausschreibungsgebühren der GMSH können bei seltenen Fällen die Kosten der bezogenen Leistung überschreiten.
5. Die Kosten der GMSH belasten den Polizeihauhalt erheblich.
6. Die Ausgaben für Leistungen der GMSH im Auftrag der Landespolizei belaufen sich in diesem Jahr bislang auf 85,8 T€. Hinzu kommen die Regiekostenaufschläge für Beschaffungen im Namen der GMSH (z.B. GMSH-Onlineshop).
7. Rechtlich mögliche Ausnahmen vom Kontrahierungszwang werden in Absprache mit der GMSH auch zukünftig in wirtschaftlich begründeten Fällen genutzt. Außerdem werden regelmäßig Beschaffungsk Kooperationen mit anderen Bundesländern angestrebt.
8. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu Alternativen der Beschaffung über die GMSH wurde von Seiten der Landespolizei nicht durchgeführt, da es sich um eine gesetzliche Vorgabe handelt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51401
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

Ansatz Ist 2011:	9.607,6 T€
Ansatz Soll 2012:	9.620,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	10.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird trotz gleichbleibendem Bestand eine Steigerung der Ausgaben von 880 T€ angenommen?

Antwort Landesregierung:

Der höhere Haushaltsmittelbedarf ist u. a. durch die steigenden Kraftstoffkosten begründet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	52601
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Ansatz Ist 2011:	89,8 T€
Ansatz Soll 2012:	90,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	90,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie gliedern sich die Gerichts- und ähnlichen Kosten auf (z.B. Rechtsschutz für Polizeibeamte, Kosten für Verfahren gegen die Polizei aufgrund von Dienstpflichtverletzungen, Kosten für Verfahren aus vertraglichen Beziehungen)?

Antwort Landesregierung:

Im Jahr 2011 teilten sich die Ausgaben des Titels 0410.00.52601 wie folgt auf:

Gerichts- und ähnliche Kosten:	86,7 T€
Rechtsschutz:	<u>3,1 T€</u>
Summe:	89,8 T€

Eine weitere Aufteilung kann nicht vorgenommen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	63201
Zweckbestimmung:	Länderübergreifende Einrichtungen und Programme

Ansatz Ist 2011:	1.388,9 T€
Ansatz Soll 2012:	1.678,7 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.576,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie sind die IST-Werte 2011 für die Unterpunkte 1-6?

Gab es eine Verlagerung der Ausgaben für das "Technologiezentrum für Telekommunikationsüberwachung" auf einen anderen Titel?

Antwort Landesregierung:

Ist-Ausgaben 2011:

- | | |
|---|--------|
| 1. Deutsche Hochschule der Polizei in Westfalen | 362 T€ |
| 2. Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg | 227 T€ |
| 3. Wasserschutzpolizei Hamburg für das Elbeabkommen | 762 T€ |
| 4. Bund-Länder-Programm zur vorbeugenden Verbrechensbek. | 30 T€ |
| 5. Maritimes Sicherheitszentrum des Bundes und der Küstenländer | 7 T€ |
| 6. Technologiezentrum für Telekommunikationsüberwachung | 0 T€ |

Die Ist-Ausgaben 2012 zu Punkt 6. werden ca. 47 T€ betragen. Das Ausgabe-Soll 2013 beträgt 0 €. Für das Haushaltsjahr 2013 sind im Rahmen der Kooperationsphase der norddeutschen Küstenländer keine Ausgaben vorgesehen. Eine Verlagerung von Ausgaben auf einen anderen Titel findet nicht statt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	63208
Zweckbestimmung:	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder

Ansatz Ist 2011:	1.224,4 T€
Ansatz Soll 2012:	300,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	300,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Woher stammen die erheblich über dem Budget liegenden IST-Kosten im Jahr 2011, und warum ist zu erwarten, dass diese 2013 nicht erneut entstehen?

Antwort Landesregierung:

Die Ist-Kosten 2011 haben sich infolge des Einsatzes in Brokdorf überplanmäßig erhöht. Für 2013 werden die einsatzbedingten Mehrausgaben im Rahmen des „üblichen“ Einsatzgeschehens erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	63301
Zweckbestimmung:	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs

Ansatz Ist 2011:	2.302,9 T€
Ansatz Soll 2012:	1.870,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.870,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Vereinbarungen erzeugen welche konkreten (P) Kosten?

Antwort Landesregierung:

Die jeweiligen regionalen Vereinbarungen regeln das Zusammenwirken zwischen dem Land und den Kreisen bei der Überwachung des fließenden Verkehrs. Folgende Vereinbarungen bestehen:

	Ist - Ausgaben 2011 in T€	Soll - Ausgaben 2012 in T€
Kreis Segeberg	986,0	900,0
Kreis Pinneberg	837,6	400,0
Kreis Stormarn	198,1	245,0
Kreis Ostholstein	190,8	155,0
Kreis Nordfriesland	84,5	60,0
Kreis Steinburg	5,8	50,0
Kreis Rendsburg-Eckernförde	0,0	60,0

Die Ausgaben variieren in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Verkehrsüberwachung und der Verfügbarkeit von Material- und Personal-Ressourcen auch bei den Kooperationspartnern in den Kreisen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	81101
Zweckbestimmung:	Erwerb von Dienstfahrzeugen

Ansatz Ist 2011:	4.983.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.995.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	10.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Aufgrund der Anschaffung welcher Kraftfahrzeuge wird das Budget bei 10.000 T€ angesetzt?
Wird hierbei auch der Erwerb von Jahreswagen in Betracht gezogen?

Antwort der Landesregierung:

1. Es sind Kfz-Beschaffungen in folgenden Bereichen geplant:

Beschaffung 2013, geplant:	
Mittelklasse s/bl	30
obere Mittelklasse s/bl	30
Utilities s/bl	75
Utilities neutral	30
Sonderfahrzeuge versch.	44
Kräder	5
Anhänger	5
Verkehrsüberw.-Fahrzeuge	10

2. Der Erwerb von Jahreswagen wird auf Grund der hohen Rabattierung der Neufahrzeuge durch die Hersteller nicht in Betracht gezogen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	42862
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	866.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	765.900 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	765.900 EUR

Frage/Sachverhalt:

Für wann ist die endgültige Abwicklung der Bigband geplant?

Wieso gibt es trotz der Planung noch keine Anpassung bei den Personalausgaben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Antwort Landesregierung:

Die vollständige Auflösung der Polizei-Bigband soll 2015 abgeschlossen sein.

In 2013 sind keine Personalabgänge geplant bzw. bekannt.

Insofern bleiben die Personalausgaben konstant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51463
Zweckbestimmung:	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk

Ansatz Ist 2011:	6.082,0 T€
Ansatz Soll 2012:	4.232,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	6.561,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Woher ergibt sich die eingeplante Steigerung der Kosten für die Leitstellen?

Antwort Landesregierung:

Bei Titel 514 63 werden die Kosten für die Leitstellen und den Digitalfunk veranschlagt.
Die Steigerung der Kosten ergibt sich im Digitalfunk aus dem vom Verwaltungsrat anerkannten Wirtschaftsplan der „Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“ (BDBOS) für 2013 und den darin enthaltenen Kosten für den Betrieb des Digitalfunknetzes.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	52663
Zweckbestimmung:	Kosten für externe Beratung

Ansatz Ist 2011:	7,1 T€
Ansatz Soll 2012:	20,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche externen Beratungen wurden aus welchem Grund in Anspruch genommen?

Antwort Landesregierung:

Externe Beratungen wurden über Dataport in Anspruch genommen für die Topologieplanungen der Standorte für die Basisstationen.

Weiterhin wurden über die BDBOS Beratungsleistungen von EADS für die Tetra-Digitalfunktechnik in Anspruch genommen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	63463
Zweckbestimmung:	Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)

Ansatz Ist 2011:	636,4 T€
Ansatz Soll 2012:	923,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum fallen diese Kosten zukünftig weg?

Antwort Landesregierung:

Die Kosten fallen zukünftig nicht weg.

Im Jahr 2013 werden nach dem im Verwaltungsrat abgestimmten Wirtschaftsplan der BDBOS 1.400 T€ an diese zu erstatten sein. Hierfür wird voraussichtlich eine Entnahme aus der vorhandenen Rücklage erfolgen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	81263
Zweckbestimmung:	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems

Ansatz Ist 2011:	6.709,6 T€
Ansatz Soll 2012:	75,6 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	3.103,6 T€

Frage/Sachverhalt:

Enthalten die Kosten für die Funkbasisstationen auch eine geeignete Notstromversorgung?

Die Erfahrungen nach dem Sturm "Sandy" zeigen, wie abhängig die Funksysteme von einer funktionierender Stromversorgung sind.

Antwort Landesregierung:

Alle 159 Basisstationen sind mit einer unterbrechungsfreien Stromversorgung (USV) ausgestattet, die über einen Zeitraum von 8 Stunden zur Verfügung steht.

Darüber hinaus verfügen 40 Basisstationen über eine ortsfeste Netzersatzanlage.

Die übrigen 119 Basisstationen verfügen über eine Einspeisemöglichkeit für mobile Netzersatzanlagen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51164
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2011:	1.111,8 T€
Ansatz Soll 2012:	830,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.290,0 T€

Frage/Sachverhalt:

- 1) Warum wird von einer massiven Steigerung der Kosten der Telekommunikationsüberwachung ausgegangen?
- 2) Warum wurde ein zweiter Punkt 5 eingefügt?
- 3) Warum sind die Kosten für Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren von 9000 € auf 92000 € gestiegen?

Antwort Landesregierung:

- 1) Durch Einführung des Telekommunikations-Entscheidungs-Neuordnungsgesetz vom 29.04.2009 wurden die Gebührenansprüche der Netzbetreiber zum Teil drastisch erhöht. Nach einer Übergangszeit machen alle Netzbetreiber im Rahmen ihrer Abrechnungen von diesen Gebührenpositionen auch gebrauch. Nach Auslaufen von kostengünstigeren Altbeschlüssen (§§ 100 a und g StPO) und ausschließlicher Neubeauftragung im Rahmen aktueller Gebührenpositionen, steigen die Ausgaben entsprechend. Daneben findet eine Verlagerung der Überwachung von analoger zu IP-basierter Technik statt. Hier sind die Vergütungsansprüche der Netzbetreiber auch deutlich höher. Insgesamt ist zusätzlich eine deutliche Fallsteigerung festzustellen.
- 2) Hierbei handelt es sich um einen Schreibfehler, der korrigiert wird.
- 3) Im Bereich Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren erfolgte eine Anpassung an die Ist-Ausgaben 2011 (84,5 T€). Die in den Erläuterungen bis 2012 ausgewiesene Summe war zu niedrig.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	54764
Zweckbestimmung:	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Ansatz Ist 2011:	2.611,5 T€
Ansatz Soll 2012:	600,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	610,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird davon ausgegangen, dass die Kosten aus 2011 in dieser Höhe nicht mehr anfallen werden?

Antwort Landesregierung:

Im Jahre 2011 wurden beim Titel 0410- 547 64 Ausgaben für den Großeinsatz Brokdorf (Mai 2011) in Höhe von 2.065,0 T€ verbucht. Es ist davon auszugehen, dass diese Ausgaben im Jahre 2013 nicht erneut anfallen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	53166
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz Ist 2011:	35,5 T€
Ansatz Soll 2012:	42,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	26,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wurden die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit reduziert?

Antwort Landesregierung:

Es ist keine Reduzierung der Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit geplant. Versehentlich kam es zu einer Absenkung des Ansatzes um 11 T€ zugunsten des Titels 527 66, Dienstreisen für Mitglieder des Rates. Der Fehler wird auf einen Soll-Ansatz von 37 T€ korrigiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51168
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2011:	30,1 T€
Ansatz Soll 2012:	32,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	75,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum sind die Kosten für Geschäftsbedarf usw. überhaupt noch vorhanden und werden sogar noch erhöht, obwohl das AfK aufgelöst und die Aufgaben durch andere Stellen wahrgenommen werden?

Antwort Landesregierung:

Der Kampfmittelräumdienst ist nach Auflösung des AfK vollumfänglich unter Beibehaltung der bisherigen Aufgaben organisatorisch dem LKA zugeordnet worden. Ausgaben, die bislang aus dem Titel 0410- 534 68, „Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln.“, geleistet wurden, z. B. Geräte zur Kampfmittelräumung wie Sonden und Bohrgeräte, werden ab 2013 dem Titel 0410- 511 68 zugeordnet und stellen damit einen Großteil der Sollerhöhung dar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51468
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

Ansatz Ist 2011:	86,6 T€
Ansatz Soll 2012:	59,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	121,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum verdoppeln sich die Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen und Verbrauchsmittel, obwohl das AfK aufgelöst wurde und die Anzahl der Kraftfahrzeuge gleichbleibend ist?

Antwort Landesregierung:

Der Kampfmittelräumdienst ist nach Auflösung des AfK vollumfänglich unter Beibehaltung der bisherigen Aufgaben organisatorisch dem LKA zugeordnet worden.
Wesentlich wurden hier die Erhöhung der Treibstoffpreise und die Ausgaben für Wasserfahrzeuge des Kampfmittelräumdienstes (KRD) den Ist-Ausgaben angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	42269
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	776,4 T€
Ansatz Soll 2012:	1.491,3 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.516,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Wurde bei der Budgetierung berücksichtigt, dass die IST-Kosten 2011 (776,4 T€) deutlich unter dem SOLL 2011 (1.491,3 T€) lagen? Wenn ja, warum wird davon ausgegangen, dass in diesem Bereich eine so erhebliche Steigerung der Kosten für Beamtenbezüge eintritt?

Antwort Landesregierung:

Aufgrund von Personal- und Organisationsveränderungen sind buchungstechnische Anpassungen notwendig geworden. Dieses führte zur Streichung von Titeln und Umverteilung von Budgetmitteln. Damit geht einher, dass mehr Personal aus dem Titel 42269 bezahlt wird. Das Gesamtbudget 0410 ist durch diese Maßnahmen nicht erhöht worden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	51471
Zweckbestimmung:	Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte (KT-Verbrauch)

Ansatz Ist 2011:	460,6 T€
Ansatz Soll 2012:	680,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	727,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Ausgaben für kriminal- und fototechnische Geräte sind hiervon umfasst?

Warum wird von einer Steigerung der Kosten ausgegangen, obwohl die IST-Kosten 2011 (460,6 T€) deutlich hinter dem SOLL 2011 (643 T€) zurückgeblieben sind?

Antwort Landesregierung:

Von dem Titel 0410- 514 71 werden die Ausgaben für die nachfolgenden Bereiche erfasst:

- Technische Gase
- DNA-Verbrauchsmaterial
- Spurensicherungsmaterial
- Fotomaterial
- Chemikalien
- Material für Laborgeräte

Die Akkreditierung des DNA-Bereiches der Kriminaltechnik erfordert einen höheren Untersuchungsaufwand.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	53371
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung von molekulargenetischen Untersuchungen

Ansatz Ist 2011:	260,9 T€
Ansatz Soll 2012:	1.273,5 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	585,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird von einer Reduktion der Kosten für die Werkverträge für die Durchführung von molekulargenetischen Untersuchungen ausgegangen?

Antwort Landesregierung:

Bei Titel 0410- 533 71 werden laufend und dauerhaft die Ausgaben für DNA-Untersuchungen im Bereich Mundschleimhautabstriche und an bestimmten Spureträgern im Bereich niedriger klassifizierter Straftaten verbucht. Bei der Untersuchung von Spureträgern mussten ab dem Haushaltsjahr 2011 zusätzlich vermehrte Anstrengungen unternommen werden, um besondere Arbeitsrückstände abzubauen. Diese Ausgaben fielen hauptsächlich in diesem Jahr an. Ab 2013 reduzieren sich diese Ausgaben und das Soll 2013 entsprechend.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	10
Titel:	81271
Zweckbestimmung:	Erwerb von kriminaltechnischen Geräten, Labor- und Büroausstattung

Ansatz Ist 2011:	832,7 T€
Ansatz Soll 2012:	900,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	692,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Grundlage wird von einer Reduktion der Anschaffungskosten ausgegangen?

Antwort Landesregierung:

Im Zuge von Priorisierungen von Investitionsprojekten der gesamten Landespolizei wurde eine Senkung des Solls 2013 vorgenommen. Die notwendigen technischen Anschaffungen für die Kriminaltechnik wurden nicht gestrichen sondern lediglich zeitlich in die Folgejahre verschoben.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	04
Seite:	
Kapitel:	16
Titel:	68102
Zweckbestimmung:	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen

Ansatz Ist 2011:	68.575,4 T€
Ansatz Soll 2012:	73.500,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	54.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Grundlage wird von einer Reduktion der Wohngeldaufwendungen in Höhe von 14.500,0 T€ im Vergleich zum IST-Wert von 2011 ausgegangen?

Antwort Landesregierung:

Bereits der Mittelabfluss 2011 i. H. v. 68.575,4 T€ zeigte im Verhältnis gegenüber dem Ursprungsansatz i. H. v. 77.000,0 T€ eine geringere Belastung.

In 2011 war aufgrund der Änderungen im SGB II und dem Wegfall des § 12 Abs. 6 WoGG mit einer Verringerung der Anzahl der Wohngeldempfängerhaushalte und damit auch mit einer Verringerung der Wohngeldleistungen/-ausgaben zu rechnen, dessen tatsächliche Höhe zum Zeitpunkt der Haushaltsaustellung aber nicht zu beziffern war. Seit dem 01.01.2011 kommt es nach den Bestimmungen des § 12a SGB II zu weniger Kinderwohngeldfällen. Mit der Änderung des SGB II ist das Kinderwohngeld auf freiwilliger Basis, also auf eigenen Wunsch der Belegungsgemeinde weiter möglich. Der zwingende Vorrang ist seitdem entfallen. Weiterhin wurde die im Rahmen der Wohngeldnovelle 2009 eingeführte Heizkostenkomponente gemäß § 12 Abs. 6 WoGG mit Wirkung vom 01.01.2011 aufgrund Artikel 22 Haushaltsbegleitgesetz 2011 des Bundes wieder gestrichen.

Auf der Grundlage der von der Investitionsbank S.-H. gemeldeten Wohngelderstattungsleistungen und einer Hochrechnung ergibt sich nunmehr für das Haushaltsjahr 2012 ein geringerer Gesamtbedarf. Dies wurde in der Anmeldung zum HHE 2013 berücksichtigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	7
Kapitel:	01
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Ansatz Ist 2011:	51.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	43.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	52.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

<p>1) Wie kommt es zu dem Anstieg in den Bereichen „Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.a.“ (+ 1,7 T€) und „Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren“ (+1,8 T€)?</p> <p>2) Die Ersatzbeschaffung welcher Geräte (+9,0 T€) ist geplant und begünstigt dies gleichzeitig die Senkung der Ausgaben für die Unterhaltung von Geräten?</p>
--

Antwort der Landesregierung:

<p>zu 1) Anpassung des Soll 2013 für „Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.a.“ und für „Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren“ an das Ist 2011.</p> <p>zu 2) Geplant ist die Beschaffung von gesundheitsfördernden und-erhaltenden Büromöbeln, insbesondere von elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen. Eine Senkung der Ausgaben für die Unterhaltung ist damit nicht verbunden.</p>
--

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	8
Kapitel:	01
Titel:	526 01
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Ansatz Ist 2011:	30.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	50.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	40.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Annahme lässt den Schluss zu, dass eine Reduktion möglich ist?

Antwort der Landesregierung:

Vorsichtige Anpassung an das Ist der letzten Haushaltsjahre.
Der Titel unterliegt jährlichen, nicht vorhersehbaren Schwankungen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	8
Kapitel:	01
Titel:	526 02
Zweckbestimmung:	Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen

Ansatz Ist 2011:	5.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	7.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	11.200 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wodurch kommt es zu einem Anstieg von 55% im Vergleich zum Soll 2012?

Antwort der Landesregierung:

Anstieg infolge der ab dem 01.10.2012 in Kraft getretenen DGUV Vorschrift 2, und zwar insbesondere wegen erheblich steigender Stundenzahlen für arbeitsmedizinische Betreuung. Des Weiteren zusätzlicher Mehrbedarf infolge der Übertragung der Aufgaben für Arbeitssicherheit ab 2013 an Dritte.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	531 02
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz Ist 2011:	6.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	8.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	16.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche zusätzlichen Tätigkeiten sind geplant, die eine Verdopplung des Budgets rechtfertigen.

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkung: Ein Vergleich mit anderen Ressorts macht deutlich, dass sich das FM mit Abstand am untersten Rand beim Ausgabenniveau für Öffentlichkeitsarbeit bewegt.

Für 2013 ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit u.a. zu den Themenfeldern Haushaltskonsolidierung, Einführung ELStAM, „Steuerverwaltung 2020“ und Gewinnung von Nachwuchskräften für die Steuerverwaltung notwendig. Weiterer Mehrbedarf ergibt sich aus der Neuauflage von Broschüren, z.B. „Steuertipps für Vereine“.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	15
Kapitel:	02
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Kraftfahrzeuge

Ansatz Ist 2011:	31.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	32.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	32.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Erfolgt hier eine Korrektur an den IST-Wert von 2011, so dass die Leasingraten von 15 Fahrzeugen in 2013 dem Soll 2012 von 16 Fahrzeugen entsprechen?

Antwort der Landesregierung:

Die Leasingraten sind unabhängig vom Ist 2011 veranschlagt nach den Preisen des Rahmenvertrages der GMSH. Ansteigende Höhe der Leasingraten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	15
Kapitel:	02
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Verlegung von Dienststellen

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	68.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Verlegung ist genau geplant?

Antwort der Landesregierung:

Irrtümlich ist dieser Ansatz im Haushaltsentwurf bei diesem Titel verzeichnet. Insgesamt besteht Bedarf (Budget I) bei Titel 0505 - 511 01 für Portomehraufwand infolge Umstellung des Lastschriftinzugverfahrens auf SEPA-Vorschriften.

Die Ansätze werden mit der Nachschiebeliste korrigiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	21
Kapitel:	05
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Kraftfahrzeuge

Ansatz Ist 2011:	93.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	114.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	114.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso entsprechen die Ausgaben für 2013 den Ausgaben des Soll-Wertes von 2012, obwohl es zu einer Reduktion der Fahrzeuge von 55 auf 39 kommt.

Antwort der Landesregierung:

Das Soll 2012 ist im Haushaltsjahr 2011 veranschlagt worden. Der erwartete Bestand von 55 Leasing-DKfz konnte infolge von wirtschaftlich sich verändernden Verhältnissen, wie steigenden Leasingraten, nicht realisiert werden.

Das Soll 2013 ist nach den Preisen des Rahmenvertrages der GMSH bemessen worden. Ansteigende Höhe der Leasingraten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	22
Kapitel:	05
Titel:	525 02
Zweckbestimmung:	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	357.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	350.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	628.700 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der Anstieg allein aufgrund der Änderung des Landesbeamtenrechts und des Projektes ?Steuerverwaltung 2020??

Wodurch lässt sich gegebenenfalls das Residuum erklären?

Antwort der Landesregierung:

Der Anstieg der Fortbildungskosten ist in Höhe von rd. 14.000 € auf die Änderung des Landesbeamtenrechts und in Höhe von rd. 234.000 € auf das Projekt Zukunft Steuerverwaltung 2020 zurückzuführen.

Ein aus 2012 zurückbleibender Betrag ist nicht veranschlagt. Der Ansatz ergibt sich ausschließlich aus den für 2013 ermittelten Bedarfen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	22
Kapitel:	05
Titel:	526 02
Zweckbestimmung:	Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen

Ansatz Ist 2011:	85.100 EUR
Ansatz Soll 2012:	108.900 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	268.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Richtlinie führt zu einem Anstieg der Kosten um mehr als 140%?

Antwort der Landesregierung:

Anstieg infolge

- der ab dem 01.10.2012 in Kraft getretenen DGUV Vorschrift 2, und zwar insbesondere wegen erheblich steigender Stundenzahlen für arbeitsmedizinische Betreuung (+ 49,7 T€)
- der Übertragung der Aufgaben für Arbeitssicherheit ab 2013 an Dritte (+ 58,9 T€)
- der Kosten aus dem Projekt Zukunft Steuerverwaltung 2020 (+ 42,0 T€)
- der Kosten für einen Gesundheitstag je Dienststelle (+ 9,0 T€).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	24
Kapitel:	05
Titel:	632 01
Zweckbestimmung:	Sonstige Zuweisungen an das Land Mecklenburg-Vorpommern

Ansatz Ist 2011:	44.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	450.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	580.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso wird an einem hohen Soll-Wert festgehalten und dieser sogar noch erhöht, wenn sich sowohl der IST-Wert für 2010 als auch 2011 unter der gleichen, angegebenen Begründung im 2-stelligen Tausenderbereich eingestellt hat?

Antwort der Landesregierung:

Die Abschlagzahlungen für die Jahre 2009 bis 2011 wurden vorläufig nach dem Königsteiner Schlüssel bemessen. Die vorläufige Abrechnung für 2009 ergab in 2010 eine geringfügige Erstattung. Die vorläufige Abrechnung für 2010 auf Grundlage der KLR-Ergebnisse Mecklenburg-Vorpommerns führte in 2011 zu einer erheblichen Erstattung in Höhe von rd. 206,4 T€ und zu einer Herabsetzung der Abschlagzahlungen ab Mai 2011. Aufgrund dessen sind für 2010 und 2011 geringere Ist-Ausgaben zu verzeichnen.

Für die in 2012 erstellten endgültigen Jahresabrechnungen beträgt der endgültig ermittelte Zerlegungsschlüssel 3,6915 % gegenüber dem vorläufigen Schlüssel von 1,93 %. Hieraus resultieren die für die Jahre 2009 bis 2011 errechneten, nicht vorhersehbaren Nachzahlungen in Höhe von zusammen rd. 284,7 T€ für die Jahre 2009 bis 2011.

Das Soll 2013 wurde auf Grundlage der Jahresabrechnung für 2011 unter Berücksichtigung einer vorsichtig geschätzten Steigerung (2%) sowie einer etwaigen Nachzahlung für 2012 (geschätzt 50,0 T€) veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	25
Kapitel:	05
Titel:	812 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2011:	59.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	13.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	62.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch sind die Einzelveranschlagungen für die Ersteinrichtung von zentralen Informations- und Annahmestellen bei den Finanzämtern, das Projekt Steuerverwaltung 2020 sowie die Ersatzbeschaffung mehrerer Frankiermaschinen?

Antwort der Landesregierung:

Veranschlagt sind für

- die Ersteinrichtung von zentralen Informations- und Annahmestellen: 15,0 T€
- das Projekt Steuerverwaltung 2020: 34,2 T€
- die Ersatzbeschaffung von zwei Frankiermaschinen: 13,3 T€

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	32
Kapitel:	06
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2011:	646.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	784.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	584.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erfolgt diese deutliche Reduktion, zumal es hierfür keine Angaben im Stellenplan gibt?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz wurde aufgrund der Ist-Entwicklung angepasst. Es wurden 200.000 € nach Titel 0507-42801 (Bezügezahlungen) umgesetzt.

Ein Stellenplan für das Kapitel 0506 ist nicht vorhanden. Alle Planstellen/Stellen für den Bereich des Finanzministeriums werden im Stellenplan des Kapitels 0501 (Ministerium) geführt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	35
Kapitel:	06
Titel:	517 94
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH

Ansatz Ist 2011:	44.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	28.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	48.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Erfolgt hier lediglich eine Anpassung an den IST-Wert von 2011, oder wie lässt sich die Verdopplung der Bewirtschaftungskosten (von 24 T€ auf 44,8 T€) erklären?

Antwort der Landesregierung:

Anpassung an die Ist-Ausgaben 2011 wegen steigender Bewirtschaftungskosten. Die Verwaltungskosten werden dem Land vom Bund erstattet (Erläuterungen zur Maßnahmegruppe auf S. 34).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	35
Kapitel:	06
Titel:	518 04
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2011:	6.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	6.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	7.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu der Erhöhung des Soll-Wertes, wenn die Anzahl der Kopierer im Vergleich zu 2012 konstant geblieben ist?

Antwort der Landesregierung:

Mehrausgaben infolge auslaufender Leasingverträge und steigende Leasingraten für vorhandene Kopiergeräte. Die Verwaltungskosten werden dem Land vom Bund erstattet (Erläuterungen zur Maßnahmegruppe auf S. 34).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	35
Kapitel:	06
Titel:	518 95
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Kraftfahrzeuge

Ansatz Ist 2011:	6.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	5.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	8.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu der Erhöhung des Soll-Wertes, wenn die Anzahl der Kraftfahrzeuge konstant bei 2 geblieben ist?

Antwort der Landesregierung:

Das Soll 2013 ist nach den Preisen des Rahmenvertrages der GMSH bemessen worden. Ansteigende Höhe der Leasingraten. Die Verwaltungskosten werden dem Land vom Bund erstattet (Erläuterungen zur Maßnahmegruppe auf S. 34).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	33
Kapitel:	06
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2011:	9.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	7.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	9.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In welchem Bereich der Inlandsdienstreisen sollen die zusätzlichen 2 T€ verwendet werden?

Antwort der Landesregierung:

Mehrbedarf infolge der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung, u.a. Angelegenheiten der HSH Nordbank (vgl. Vorwort auf S. 2).
Vorsichtige Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	05
Seite:	44
Kapitel:	09
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	795.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	255.400 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu dieser starken Kürzung?

Im Haushaltsplan 2011/2012 wurde noch ein Soll-Wert von 1.244,3 T€ angegeben, wobei eine Verschiebung von rund 1 Mio. € (wie in der Erklärung angegeben) in 2012 nach 0501 422 01 im Haushaltsentwurf 2013 nicht ersichtlich ist.

Sowohl im Haushaltsplan 2011/2012 als auch im Haushaltsentwurf 2013 liegt der Soll-Wert 2012 des Titels 0501 422 01 bei rd. 1,4 Mio. €.

Wo ist die fehlende 1 Mio. € an Personalkosten?

Antwort der Landesregierung:

Der ursprüngliche Ansatz bei Tit. 0509 – 422 01 betrug	1.244.300 €
Umsetzungen im Rahmen der neuen Geschäftsverteilung nach Kap. 0401	- 706.800 €
Einsparung im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung 2020	- 282.100 €
Umsetzung nach Tit. 0501 - 42201 und Auflösung des Kap. 0509	<u>- 255.400 €</u>
	0 €

Der Haushaltsansatz im Haushaltsplan 2011 und 2012 liegt bei Titel 0501- 42201 in beiden Jahren bei 1.437.500 €. Der Ansatz im Haushaltsentwurf 2013 beträgt 1.667.400 €. Die Ansatzsteigerung in Höhe von 229.900 € ergibt sich aus der Kapitelauflösung 0509 und Maßnahmen aus dem Haushaltsvollzug 2012.

Der Differenzbetrag von rd. 1 Mio. € an Personalkosten erklärt sich durch die Umsetzung von 706.800 € nach Kap. 0401 und 282.100 € Einsparung zum Personalkosteneinsparkonzept 2020.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	8
Kapitel:	0901
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	4.706,9 T€
Ansatz Soll 2012:	4.795,1 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	5.912,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Es ist nicht ersichtlich, weshalb bei einer Reduktion der Stellen von 139 auf 109 (S. 166) die Ausgaben für die Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten um ca. 1.100 T€[€] steigen. Bitte erläutern Sie den Anstieg der Ausgaben.

Ebenso sind die SOLL-Ausgaben für 2012 nicht nachvollziehbar. Der Doppelhaushalt 2011/2012 wies in 0901-42201 einen SOLL-Wert für 2012 von 4.875,5 T€[€] aus. Auch nach Berücksichtigung der Übertragungen ergibt sich ein anderer SOLL-Wert für 2012 als der dargestellte.

Antwort der Landesregierung:

Die Veranschlagung für das Haushaltsjahr 2013 erfolgte im Hinblick auf die Veränderungen aufgrund der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung. Maßgeblich für die Veranschlagung waren die Stellenpläne unter Zugrundelegung der justizspezifischen Durchschnittswerte.

Die im Übertragungsvermerk dargestellten jeweiligen Soll-Änderungen infolge der Regierungsneubildung beziehen sich auf den Ansatz für 2013. Das prozentuale Verhältnis zwischen übertragenem Soll 2013 und beim Titel verbleibenden Soll 2013 wurde auch für die Darstellung der Vorjahreswerte für 2012 übernommen. Somit partizipieren die übertragenen Mittel entsprechend ihres prozentualen Anteils auch an einer allgemeinen Bedarfsänderung des Bezugstitels zwischen 2012 und 2013. Dadurch wird gewährleistet, dass sowohl der Vorjahreswert 2012 als auch der Ansatz 2013 den heutigen Ressortzuschnitt abbilden und die Zeitreihe miteinander vergleichbar bleibt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	8
Kapitel:	0901
Titel:	42801
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	3.136,9 T€
Ansatz Soll 2012:	5.295,8 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	3.745,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum sinken die Ausgaben für Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ca. 1.500 T€, obwohl die Anzahl der Stellen lt. Stellenplan (S. 171) von 59 auf 63 steigen soll, wobei 4 neue Stellen auf E15Ü und 3 neue Stellen auf E15 eingeplant sind?

Antwort der Landesregierung:

Die Veranschlagung für das Haushaltsjahr 2013 erfolgte im Hinblick auf die Veränderungen aufgrund der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung. Maßgeblich für die Veranschlagung waren die Stellenpläne unter Zugrundelegung der justizspezifischen Durchschnittswerte.

Es ist zudem zu berücksichtigen, dass im Rahmen der Regierungsumbildung aus dem Titel 0940-42801 nur das Soll für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 in den Titel 0901-42801 übertragen wurde, nicht jedoch das Ist des Jahres 2011 (s. a. Seite des 80 des HHE).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	9
Kapitel:	0901
Titel:	51802
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge
Ansatz Ist 2011:	19,9 T€
Ansatz Soll 2012:	62,5 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	29,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Was sind die konkreten Änderungen in der bestehenden Vertragslage?

Antwort der Landesregierung:

Die Ausstattung des MJKE mit Kopiergeräten wurde auf einem Rahmenvertrag der GMSH mit günstigeren Konditionen umgestellt. Eine Anpassung der Veranschlagung konnte erst zum HHE 2013 erfolgen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	10
Kapitel:	0901
Titel:	53302
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Pfortnerdienste

Ansatz Ist 2011:	11,4 T€
Ansatz Soll 2012:	12,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	12,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welcher zeitliche Umfang wird durch den externen Pfortnerdienst abgedeckt?

Antwort der Landesregierung:

Um im Haupthaus des MJKE einen sicheren Gebäudezugang zu gewährleisten, wird die Pfortnerei an Werktagen (MO – FR) von 15.00 bis 19.00 Uhr und in Einzelfällen auch über 19.00 Uhr hinaus mit einer externen Kraft besetzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	13
Kapitel:	0902
Titel:	11202
Zweckbestimmung:	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher

Ansatz Ist 2011:	8.804,8 T€
Ansatz Soll 2012:	10.000,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	10.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Grundlage wird trotz deutlich hinter dem SOLL bleibenden Werten in den Jahren 2009 und 2011 davon ausgegangen, dass eine Erreichung des ausgewiesenen SOLL-Wertes 2013 realistisch ist?

Antwort der Landesregierung:

Die Höhe der jährlichen Einnahmen ist schwankend mit leichter Tendenz zur Steigerung in diesem Jahr, so dass an der Überrollung des Ansatzes – wie in den Vorjahren - festgehalten wurde. Zum Stand 31.10.2012 lagen die Einnahmen bereits rd. 350,0 T€ über denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

Im Übrigen stehen die Einnahmen aus Gerichtsvollziehergebühren und- auslagen im Zusammenhang mit den Ausgaben des Tit. 0902 – 452 09 „Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst“. Auf die dortige Titelerläuterung wird diesbezüglich hingewiesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	14
Kapitel:	0902
Titel:	28201
Zweckbestimmung:	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation

Ansatz Ist 2011:	77,4 T€
Ansatz Soll 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum werden die in 2009 und 2011 vorhandenen Einnahmen nicht ins SOLL 2013 gestellt?
Ist davon auszugehen, dass die RAK Schleswig-Holstein zukünftig keine weitere Beteiligung mehr tätigt?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich hierbei um durchlaufende HH-Mittel. Der Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer wird nach Vereinnahmung an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften weitergeleitet (s.a. Tit. 0902 – 681 04 und dortigen Haushaltsvermerk).
Es wird weiterhin von einer Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an den Ausbildungskosten ausgegangen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	15
Kapitel:	0902
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -

Ansatz Ist 2011:	75.481,9 T€
Ansatz Soll 2012:	73.469,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	74.520,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Die Ausgaben für Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten haben bereits 2011 das SOLL um ca. 1.800 T€^α überschritten und lagen damit über dem für 2013 angesetzten SOLL. Weshalb wird trotz einer Erhöhung der Gesamtstellenzahl um 10 davon ausgegangen, dass 2013 niedrigere Ausgaben zu erwarten sind?

Antwort der Landesregierung:

Die Veranschlagung der Personalkostenbudgets (OG 42) erfolgt auch - wie im HH 2012 - im HHE 2013 ohne die finanziellen Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen, die zentral im Epl. 11 veranschlagt sind. Eine bedarfsgerechte Umsetzung dieser HH-Mittel erfolgt stets erst im Rahmen des Haushaltsvollzugs. In dem Ist 2011 sind diese Verstärkungsmittel enthalten. Das Soll 2012/ 2013 mit dem Ist 2011 ist aus diesem Grund nicht vergleichbar.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	18
Kapitel:	0902
Titel:	52502
Zweckbestimmung:	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	315,6 T€
Ansatz Soll 2012:	300,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	375,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Woher resultieren die neuen und erweiterten Fortbildungspflichten?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der Änderungen im Landesbeamtengesetz sowie der Allgemeinen Laufbahnverordnungen besteht eine höhere Fortbildungsverpflichtung. Daher war der Ansatz für die Teilnahme an Lehrgängen und Tagungen aufzustocken. Darüber hinaus wurde erstmalig für die betriebliche Gesundheitsförderung ein Ansatz ausgewiesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	18
Kapitel:	0902
Titel:	52503
Zweckbestimmung:	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Ansatz Ist 2011:	43,4 T€
Ansatz Soll 2012:	95,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	50,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird davon ausgegangen, dass die Ausgaben für die Vergütung von Mitarbeitern bei juristischen Staatsprüfungen halbiert werden?

Antwort der Landesregierung:

Bei der vorgenommenen Veranschlagung handelt es sich um eine Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Die Anzahl der Rechtsreferendare in Schleswig-Holstein ist darüber hinaus rückläufig und damit auch die Anzahl der juristischen Staatsprüfungen.

Der Ansatz war folglich anzupassen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	19
Kapitel:	0902
Titel:	52611
Zweckbestimmung:	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe

Ansatz Ist 2011:	18.362,6 T€
Ansatz Soll 2012:	17.500,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	18.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Sind in der Budgetierung bereits erwartete Dämpfungsfaktoren aus dem Gesetz zur Begrenzung der Aufwendungen für die Prozesskostenhilfe (Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz ? PKHBegrenzG) berücksichtigt?

Antwort der Landesregierung:

Nein, bei der vorgenommenen Veranschlagung handelt es sich ausschließlich um eine Anpassung an das Ist-Aufkommen.
Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts (BR-Drs. 516/12) waren noch nicht zu berücksichtigen. Die parlamentarischen Beratungen auf Bundesebene sind noch nicht abgeschlossen. Es ist noch keine Etreife gegeben.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	22
Kapitel:	0902
Titel:	53304
Zweckbestimmung:	Aufwendungen für Dienstverträge

Ansatz Ist 2011:	0,0 T€
Ansatz Soll 2012:	0,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	97,5 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie viele zusätzliche externe Kräfte ? in Vollzeitstellen ? werden im Rahmen der Eingangssicherung eingesetzt?

Antwort der Landesregierung:

Nach dem Mord eines Staatsanwaltes in Dachau beabsichtigt das Justizministerium eine generelle Einlasskontrolle bei den Gerichten einzuführen. Zur Verstärkung des Justizwachmeisterdienstes sollen 3 externe Sicherheitskräfte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingesetzt werden. Weitere 3 externe Sicherheitskräfte sind in der Sozialgerichtsbarkeit und weitere 8 in der Arbeitsgerichtsbarkeit vorgesehen (s.a. Tit. 0905 – 53304 und Tit. 0909-53304).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein **zum Haushaltsentwurf 2013**

Einzelplan:	09
Seite:	25
Kapitel:	0902
Titel:	81202
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2011:	390,5 T€
Ansatz Soll 2012:	175,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	310,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände müssen voraussichtlich angeschafft werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit benötigen insbesondere Haushaltsmittel für Ersatzbeschaffungen von Mobiliar für Sitzungssäle, Büroräume, Wartezonen sowie für Archive.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	31
Kapitel:	0903
Titel:	42203
Zweckbestimmung:	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2011:	774,8 T€
Ansatz Soll 2012:	1.280,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	1.200,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Bei 68 Anwärtern 2011 entstanden IST-Ausgaben von 774,8 T€ α . Weshalb wird bei 65 Anwärtern für 2013 von Ausgaben in Höhe von 1.200 T€ α ausgegangen?

Antwort der Landesregierung:

Im Jahr 2011 waren nicht alle Stellen besetzt, so dass das HH-Soll 2011 deutlich unterschritten wurde.
Für das Haushaltsjahr 2013 wird mit einer höheren Auslastung der zur Verfügung stehenden Anwärterstellen im Justizvollzug geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	32
Kapitel:	0903
Titel:	51102
Zweckbestimmung:	Sicherheitsanlagen

Ansatz Ist 2011:	149,9 T€
Ansatz Soll 2012:	167,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	167,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Geräte wurden im Rahmen der Ersatz- und der Ergänzungsbeschaffung berücksichtigt?

Antwort der Landesregierung:

Es sind folgende Geräte bei der Anmeldung für 2013 berücksichtigt worden:

Ersatzbeschaffung

- Kameras und Monitore als Bestandteile der Sicherheitsanlagen
- Personennotrufgeräte
- Sicherheitsschlösser
- Haftraumkommunikationsanlagen

Ergänzungsbeschaffung

- Personennotrufgeräte
- Schusssichere Westen zur Durchführung der Schießausbildung
- Metallrahmensonden

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	92
Kapitel:	0940
Titel:	68401
Zweckbestimmung:	Maßnahmen für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes

Ansatz Ist 2011:	93,0 T€
Ansatz Soll 2012:	100,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	350,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Gibt es eine Prioritätenliste für die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel?
Welchen Zeitraum umfasst das Bundesprogramm und was bedeutet das für Schleswig-Holstein?

Antwort der Landesregierung:

Es gibt eine Prioritätenliste, die von einem Expertengremium nach Eingang der Anträge aus Bibliotheken und Archiven erstellt wurde. Auf dieser Grundlage konnten in 2011 und 2012 erste notwendige Maßnahmen umgesetzt werden. In den folgenden Jahren wird dieses Gremium weiter so verfahren.

Das Bundesprogramm ist zunächst bis 2015 geplant. Es finanziert die Koordinierungsstelle und fördert Modellprojekte, unter ihnen auch Archive und Bibliotheken aus Schleswig-Holstein. Insgesamt wurden schleswig-holsteinische Projekte in den vergangenen drei Jahren mit insgesamt 94.874 € aus dem Bundesprogramm unterstützt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	93
Kapitel:	0940
Titel:	68457
Zweckbestimmung:	Zuwendungen zur Sicherung der Museumsstruktur - Digitalisierung und Marketingmaßnahmen -

Ansatz Ist 2011:	75,0 T€
Ansatz Soll 2012:	75,0 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	75,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Gibt es für die Mittelvergabe eine Prioritätenliste?
Welche Bereiche werden mit diesem Titel konkret gefördert?

Antwort der Landesregierung:

Nein.
Der digicult-Verband e.G. wird mit 60.000 € gefördert. Weitere 15.000 € dienen der Förderung einzelner Museumsprojekte zur kooperativen digitalen Bestandserschließung, Bestandsdokumentation und der Publikation von Sammlungsobjekten im Rahmen der deutschen und europäischen Zielsetzung zur digitalen Sicherung und Zugänglichmachung des kulturellen Erbes. Die digitalisierten Objekte werden in den kommenden Jahren auf der von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Internetplattform „Deutsche Digitale Bibliothek“ weltweit zugänglich gemacht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	91
Kapitel:	0940
Titel:	68611
Zweckbestimmung:	Förderung von Künstlerinnen und Künstlern

Ansatz Ist 2011:	106,0 T€
Ansatz Soll 2012:	120,4 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	80,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Grundlage wird an dieser Stelle gekürzt?
Welche Auswirkungen hat die Kürzung auf die genannten Zuwendungsempfänger, vor allem auch im Hinblick auf Stipendienprogramme?

Antwort der Landesregierung:

Für das HH-Jahr 2012 waren HH-Mittel in Höhe von 40,0 T€ für die Präsentation der Werke und Beiträge der bisherigen Landesstipendiaten veranschlagt. Eine nächste Präsentation ist frühestens für 2014 geplant. Daher waren diese HH-Mittel für das HH-Jahr 2013 nicht zu veranschlagen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
x	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	09
Seite:	101
Kapitel:	0942
Titel:	42701
Zweckbestimmung:	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte

Ansatz Ist 2011:	97,1 T€
Ansatz Soll 2012:	133,1 T€
Ansatz Soll HHE 2013:	183,1 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie lange ist die durchschnittliche Beschäftigungsdauer der Vertretungs- und Aushilfskräfte?
Werden wiederholt dieselben Personen über Jahre hinweg beschäftigt?

Antwort der Landesregierung:

Derzeit sind drei Aushilfskräfte beim Landesarchiv Schleswig-Holstein beschäftigt, die zunächst gemäß § 14 Abs. 3 TzBfG für die Dauer von fünf Jahren beschäftigt worden sind. Danach wurden diese Arbeitsverhältnisse projektbezogen verlängert, mithin lag und liegt ein Sachgrund für die befristete Weiterbeschäftigung vor. Damit werden dieselben Personen über Jahre hinweg beschäftigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	01101
Zweckbestimmung:	Lohnsteuer

Ansatz Ist 2011:	1.823.683.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.905.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.024.800.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie verlässlich ist der Wert, wenn nach den Berechnungen über den prozentualen Anteil am Gesamtaufkommen der Steuer der wahre Sollwert bei 2.024.827,5 € liegen müsste (und damit über dem ausgewiesenen Betrag)?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze für Steuern werden im Haushaltsplan immer auf Hundert TEuro gerundet dargestellt.

Die Ansätze resultieren aus den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung und werden entsprechend auf- oder abgerundet.

Da es sich um Schätzergebnisse handelt, werden diese – anders als bei genauer zu kalkulierenden Einnahmen – nicht auf bis Hundert Euro gerundet dargestellt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein **zum Haushaltsentwurf 2013**

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	01201
Zweckbestimmung:	Veranschlagte Einkommensteuer

Ansatz Ist 2011:	776.291.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	556.600.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	648.800.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie verlässlich ist der Wert, wenn nach den Berechnungen über den prozentualen Anteil am Gesamtaufkommen der Steuer der wahre Sollwert bei 648.762,5 € liegen müsste (und damit unter dem ausgewiesenen Betrag)?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zu Titel 01101

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein **zum Haushaltsentwurf 2013**

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	01801
Zweckbestimmung:	Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Ansatz Ist 2011:	80.296.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	104.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	77.100.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie verlässlich ist der Wert, wenn nach den Berechnungen über den prozentualen Anteil am Gesamtaufkommen der Steuer der wahre Sollwert bei 648.762,5 € liegen müsste (und damit unter dem ausgewiesenen Betrag)?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zu Titel 01101

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	05201
Zweckbestimmung:	Erbschaftsteuer

Ansatz Ist 2011:	152.811.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	109.644.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	131.800.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Datengrundlage liegt der Berechnung zugrunde?

In welchem Maße wird bei der Berechnung des Soll-Wertes einer steigenden Lebenserwartung Rechnung getragen?

Erfolgt hier eine Anpassung in Richtung des IST-Wertes von 2011, da das Soll von 2012 zu gering angesetzt wurde?

Antwort der Landesregierung:

Datengrundlage sind die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung.

Die Prognose entsteht aus einem relativen Mittelwert anhand des tatsächlichen Aufkommens im Referenzzeitraum (01.04.2011 bis 31.03.2012) mit einer geringen Steigerungsrate.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	63301
Zweckbestimmung:	Besondere Landeszuweisungen zur Förderung von Kindern unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	15.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Berechnung liegt diesem Wert zugrunde? Inwieweit unterscheidet sich dieser von dem Titel 633 12 271?

Antwort Landesregierung:

Das Land gewährt den Kommunen zu ihrer Entlastung zusätzliche Mittel bei der Betriebskostenförderung für Kinder unter drei Jahren. Im Jahr 2013 stehen hierfür zusätzlich 15 Mio. € zur Verfügung. Die Einzelheiten der Förderung sind derzeit Gegenstand von Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	63312
Zweckbestimmung:	Zuweisungen zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Ansatz Ist 2011:	23.519.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	33.580.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	46.900.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Erfolgte die Erhöhung des Sollwertes 2013 auf Grundlage des IST-Wertes 2011 um die in der Erläuterung erwähnten 23,45 Mio. Euro?
Inwieweit ist bei den IST-Werten für 2012 mit den IST-Werten für 2011 zu rechnen?

Antwort Landesregierung:

Der Bund beteiligt sich aus seinem Umsatzsteueranteil nach Maßgabe des Kinderförderungsgesetzes vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403) im Jahr 2013 mit bundesweit 700 Mio. € an den Betriebskosten für Kinder unter drei Jahren. Das Land leitet die auf Schleswig-Holstein entfallenden Umsatzsteuermehreinnahmen an die Kreise und kreisfreien Städte weiter. Daneben stellt das Land Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung.
Es handelt sich hier um ein bis zum Jahr 2014 aufwachsendes System, da die Betreuungszahlen für Kinder unter drei Jahren stetig angestiegen sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	63322
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für Theater und Orchester für Betriebskosten

Ansatz Ist 2011:	36.700.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	36.700.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	36.700.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Einrichtungen werden in welcher Höhe gefördert?

Antwort Landesregierung:

Aus dem Ansatz werden die drei öffentlichen Theater im Land gefördert und zwar wie folgt:

Theater Kiel 13.650.000 €
Theater Lübeck 9.780.000 €
Landestheater SH 13.270.000 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	63324
Zweckbestimmung:	Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen

Ansatz Ist 2011:	4.268.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	4.800.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	5.353.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Frauenhäuser erhalten für wie viele Plätze Zuschüsse aus diesem Titel?

Antwort Landesregierung:

Im Jahr 2012 erhielten 14 Frauenhäuser Zuschüsse aus dem o.g. Titel. Dies waren:

Frauenhaus	Anzahl der geförderten Plätze nach dem FAG ab 2012
FH Neumünster	20
FH Kiel	26
FH Elmshorn	28
FH Rendsburg	22
FH Flensburg	22
FH Preetz	15
FH Itzehoe	18
FH Pinneberg	15
FH Lübeck autonom	34
FH Norderstedt	25
FH Heide	21
FH Lensahn/Eutin (OH)	15
FH Schwarzenbek	13
FH Ahrensburg	13

Fragen der

Im Jahr 2013 sind zusätzlich zwei Modellvorhaben geplant. So soll das AWO-Frauenhaus in Lübeck für die Erprobung des systemischen Ansatzes und das Frauenhaus Wedel für eine Spezialisierung Fördermittel erhalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	05
Titel:	43211
Zweckbestimmung:	Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Grund- und Hauptschulen sowie deren Hinterbliebene

Ansatz Ist 2011:	181.765.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	173.115.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	164.562.300 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu dieser deutlichen Reduktion der Ausgaben im Soll-Wert für 2013, obwohl sich die voraussichtliche Zahl der Empfänger sowohl in Relation zum IST-Wert vom 01.01.2012 als auch dem Haushaltsplan 2012 signifikant erhöht hat?

Antwort Landesregierung:

Aufgrund der Schulreform haben sich die Ausgaben in andere Titel der Gruppe 432 des Kapitels 1105 verlagert und haben dort die Ausgaben entsprechend verändert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	06
Titel:	44111
Zweckbestimmung:	Beihilfen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Pflegeleistungen)

Ansatz Ist 2011:	82.545.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	85.574.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	92.516.300 EUR

Frage/Sachverhalt:

Womit begründet sich die Erhöhung um 7 Mio. EUR?

Wann wird der 2005 in Schleswig-Holstein eingeführte gestaffelte Selbstbehalt der Beamtinnen und Beamten - seinerzeit unter anderem mit der seit 2004 für die gesetzlich Versicherten zu leistenden Praxisgebühr begründet - vor dem Hintergrund der Abschaffung der Praxisgebühr zum 1.1.2013 gestrichen bzw. vermindert?

Antwort Landesregierung:

Die Erhöhung um 7 Mio. Euro begründet sich in den steigenden Antragszahlen sowie den steigenden Krankenhaus- und Arzneimittelkosten. Diese Entwicklung wird auch in der Betrachtung der Beihilfeausgaben der Vorjahre bestätigt.

Die Praxisgebühr steht in keinem Zusammenhang mit der Einführung der Beihilfeverordnung und deren Selbstbehaltspauschalen zum 01.01.2005. Vielmehr wurde das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 03.07.2003 (- 2C 24/02 -) hinzugezogen, wonach Selbstbehalte, die weniger als 1 % der Jahresbezüge betragen, nicht die amtsangemessene Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG verletzen. Eine Reduzierung der Selbstbehalte ergibt sich vor dem Hintergrund dieser Systematik nicht

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	11
Titel:	12212
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Lotterie Eurojackpot

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	5.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Auf welchen Annahmen beruhen diese Einnahmeprognosen für die Lotterie Eurojackpot?

Antwort Landesregierung:

Die Einnahmeprognosen beruhen auf den Umsatzprognosen der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	11
Titel:	46101
Zweckbestimmung:	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	104.503.900 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	165.050.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wird mit einem besonders hohen neuen Tarifvertragsabschluss gerechnet, dass die prognostizierten Ausgaben deutlich über dem Soll von 2012 liegen? Bei einer Tarif- und Besoldungserhöhung welcher Größenordnung wären die Mittel vollständig aufgebraucht?

Fragen der

Antwort Landesregierung:

Nein. Für die aktiven Beamtinnen und Beamten, die Tarifbeschäftigten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wurde eine Besoldungs- und Tarifierhöhung von 1,5 % gerechnet. Der für 2013 vorgesehene Betrag liegt deswegen über dem Soll des Jahres 2012, weil er auch die Auswirkungen der Besoldungs- und Tarifierhöhungen der Jahre 2011 und 2012 enthält, die in 2013 fortwirken und zu finanzieren sind.

Der derzeit gültige Tarifvertrag läuft bis zum 31. Dezember 2012. Die Auftaktveranstaltung für die Lohnrunde 2013 wird am 31.01.2013 stattfinden. Das Verhandlungsergebnis entfaltet seine unmittelbare Wirkung jedoch nur für die Tarifbeschäftigten der jeweiligen Länder.

Neben der Lohnrunde wird auch über die Übernahme des Tarifabschlusses für die Besoldung der Beamtinnen und Beamten entschieden. Eine Übernahme bedarf eines entsprechenden Anpassungsgesetzes durch den Landesgesetzgeber.

Die Auskömmlichkeit der veranschlagten Mittel ist abhängig von dem Verhandlungsergebnis der Tarifvertragsparteien (z.B. Höhe und Zeitpunkt linearer Steigerungen, Sockelbeträge, Einmalzahlungen) sowie der konkreten Übernahme des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes. Angesichts so vieler Variablen ist eine Beantwortung der Frage in der gewünschten Form nicht möglich.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	11
Seite:	
Kapitel:	16
Titel:	81201
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2011:	96.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	75.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	125.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Die Anschaffung welcher zusätzlichen Geräte ist geplant?

Antwort Landesregierung:

In dem Titel sind investive Ausgaben für Hard- und Software veranschlagt.
Hardware: Ersatzinvestitionen für Server und Arbeitsplatzausstattung 15 TEUR
Software, Investitionen in Fachverfahren, im Einzelnen: Weiterentwicklung des Portfolioverfahrens Perz 45,5 TEUR, Schnittstelle vom Abwicklungssystem SDW zu SAP 40 TEUR, Anpassung des Kassenverfahrens 10 TEUR, Pflege- und Änderungsbedarf des länderübergreifenden Schuldenverwaltungssystem SDW 15 TEUR (Landesanteil SH)

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	71135
Zweckbestimmung:	Umbau im Dienstgebäude des Polizeireviers Elmshorn, Moltkestraße

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	250.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	250.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch sind die tatsächlich angefallenen Ausgaben für das Jahr 2012 bisher?
Wann ist mit dem Abschluss der Baumaßnahmen zu rechnen?

Antwort Landesregierung:

Da der Beginn der Umbaumaßnahme sich in 2012 verzögert hat (tatsächlicher Beginn 4. Quartal), werden lediglich 25.000 € noch in diesem Jahr abfließen.

Der Abschluss der Baumaßnahmen ist für das 2. Halbjahr 2013 geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	71141
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Sicherung an und von Polizeidienstgebäuden

Ansatz Ist 2011:	125.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	150.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	75.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Hat sich die Zahl der zu schützenden Dienstgebäude oder ihre Sicherheitslage signifikant verändert, dass eine Reduktion des Soll-Wertes angemessen ist?

Antwort Landesregierung:

Die in der Vergangenheit ergänzenden Sicherungsmaßnahmen gleicher Art (Einbruchmeldeanlagen, Eingangs- und Waffensicherung) sind weitgehend beendet. Für wenige verbleibende Standorte ist der reduzierte Titelansatz auskömmlich; sollte in besonderen Einzelfällen dieser Ansatz nicht ausreichen, kann aus 711 01 verstärkt werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	05
Titel:	51905
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Liegenschaft in Kiel, Adolfstr. 14-28

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	204.200 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	250.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Rahmenbedingungen führen zu dem Anstieg von fast 25%?

Antwort Landesregierung:

Aufgrund der Übertragung der anteiligen Pauschalansätze für die nicht mehr von den Ressorts zu finanzierenden nutzerspezifischen Maßnahmen in das Kapitel 1221 Zentrales Grundvermögen für Behördenunterbringung (ZGB) sind wesentliche Deckungsmöglichkeiten im Kapitel 1205 entfallen (Siehe Ansatzentwicklung der Titel 1205-711 01 und 1205-519 06). In der Folge wurde eine Ansatzverstärkung vereinbart.

Als dringend notwendige Maßnahmen sind beispielhaft zu nennen:

- vom TÜV geforderte Ertüchtigung der Stromunterverteilung (40 T€)
- Löschanlage USV-Anlage (45 T€)
- Austausch der Lüftungsgeräte (insges. 150 T€)
- Anpassung baulicher Brandschutz und Notbeleuchtung (insges. 80 T€)
- Toilettensanierung (insges. 60 T€)
- Instandsetzung Treppenstufen wg. Unfallgefahr! (rd. 20 T€)

Eine Prioritätensetzung erfolgt in Abstimmung mit dem Nutzer im Rahmen der Bewirtschaftung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	05
Titel:	71105
Zweckbestimmung:	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der Liegenschaft in Kiel, Adolfstr. 14-28

Ansatz Ist 2011:	330.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	153.200 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	300.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche zusätzlichen Baumaßnahmen führen zu der Verdopplung des Budgets, die nicht bereits durch den Titel 715 03 061 (der ebenfalls erhöht wurde) hätten abgedeckt werden können?

Antwort Landesregierung:

Der Titel 715 03 umfasst die Große Baumaßnahme „Grundinstandsetzung der Gebäude A, B und C der Liegenschaft mit Gesamtkosten von ca. 14.500.000 Euro. Die hierfür notwendigen Mittel wurden entsprechend dem Bauablauf über mehrere Jahre veranschlagt (vgl. Erläuterungen zu Titel 1205-715 03)

Die Veranschlagung der Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in den von der Finanzverwaltung genutzten Liegenschaften außerhalb des ZGB erfolgt mit Kosten bis zu 500 T€ im Einzelfall im Ressortkapitel global mit 30 v.H. der im Kapitel 1205 errechneten ungekürzten Ausgaben der Gruppe 519.

Aufgrund des nachgewiesenen Baubedarfs im Gebäude E der Liegenschaft und insbesondere zur Ausfinanzierung der bereits laufenden Maßnahmen musste für das Haushaltsjahr 2013 eine Aufstockung des Globalansatzes erfolgen.

Auch sind mit der Übertragung der anteiligen Pauschalansätze für die nicht mehr von den Ressorts zu finanzierenden nutzerspezifischen Maßnahmen in das Kapitel 1221 Zentrales Grundvermögen für Behördenunterbringung (ZGB) wesentliche Deckungsmöglichkeiten im Kapitel 1205 entfallen (vgl. Antwort zum Titel 1205 – 519 05).

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	11
Titel:	53333
Zweckbestimmung:	Kostenerstattungen für Planungsleistungen ohne unmittelbaren Baubezug

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.800.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Um welche Art von Planungsleistungen handelt es sich hierbei?

Antwort Landesregierung:

1. Es handelt sich um übergeordnete Bauplanungen, z.B. Zielplanungen im Verwaltungsbau außerhalb des ZGB inkl. Justizvollzugsanstalten, deren Kosten keiner einzelnen Baumaßnahme zugeordnet werden können (vgl. Titel 1212 - 533 33).

2. Darüber hinaus werden hier Bauplanungen z.B. für Infrastrukturmaßnahmen ohne Bezug auf eine einzelne Liegenschaft/Baumaßnahme sowie Planungen ohne Umsetzung/Realisierung finanziert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	53333
Zweckbestimmung:	Kostenerstattungen für Planungsleistungen ohne unmittelbaren Baubezug

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.200.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Um welche Art von Planungsleistungen handelt es sich hierbei?

Warum wird die Planungsleistung nicht durch das Personal des Landes (zum Beispiel durch die GMSH) erbracht?

Antwort Landesregierung:

1. Es handelt sich um übergeordnete Bauplanungen, z.B. Masterplan und Energiekonzepte im Hochschulbau, deren Kosten keiner einzelnen Baumaßnahme zugeordnet werden können (vgl. Titel 1211 - 533 33).

Darüber hinaus werden hier Bauplanungen z.B. für Infrastrukturmaßnahmen ohne Bezug auf eine einzelne Liegenschaft/Baumaßnahme sowie Planungen ohne Umsetzung/Realisierung im Hochschulbau finanziert.

2. Die Planungsleistungen werden überwiegend insbesondere durch die GMSH erbracht, die bei Bedarf auch freiberuflich Tätige hinzuzieht.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	21
Titel:	68501
Zweckbestimmung:	Betriebszuschuss für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN)

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	92.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Worin begründet sich dieser Zuschuss?

Antwort Landesregierung:

Der LKN ist der Definition nach ein Landesbetrieb, der eine kaufmännische Ausrichtung hat. Die Buchführung gründet nicht auf der Kammeralistik sondern wird nach den Grundsätzen der Doppik vollzogen.

Somit sind die im Landeshaushalt veranschlagten Ausgaben nicht im investiven Bereich, sondern als Zuschuss dokumentiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	12
Seite:	
Kapitel:	21
Titel:	89401
Zweckbestimmung:	Investitionszuschuss für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN) für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	58.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Für welche konkreten Investitionen ist dieser Zuschuss gedacht?

Antwort Landesregierung:

Der LKN ist der Definition nach ein Landesbetrieb, der eine kaufmännische Ausrichtung hat. Die Buchführung gründet nicht auf der Kammeralistik sondern wird nach den Grundsätzen der Doppik vollzogen.

Somit sind die im Landeshaushalt veranschlagten Ausgaben für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten nicht im investiven Bereich, sondern als Zuschuss dokumentiert. Im konkreten Fall geht es um den Neubau einer Halle in Husum.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	38101
Zweckbestimmung:	Beitrag für Einrichtung und Pflege eines IT-Verfahrens zum Einbehalt der Kirchensteuer auf Kapitalertragssteuer

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Ab wann ist mit Einnahmen aus diesem Posten zu rechnen?

Antwort Landesregierung:

Gespräche mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften zur Finanzierung der Einführung und Pflege eines automationsgestützten Einbehaltes der Kirchensteuer auf Kapitalertragsteuer wurden aufgenommen und dauern derzeit noch an.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	42703
Zweckbestimmung:	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	35.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie können ab 2013 die Ausgaben für Vertretungs- und Aushilfskräfte mit einem Mal auf null fallen?

Um was für eine Art von Vertretungen handelt es sich bei diesem Posten?

Antwort Landesregierung:

Konkrete Ansätze werden in den Haushaltsplan nur eingestellt, wenn die IT-Planungen der Ressorts entsprechende Ausgaben ausweisen. In 2013 sind keine entsprechenden Ausgaben vorgesehen.

Es werden gelegentlich Aushilfskräfte zur Unterstützung der IT benötigt. Die Beschäftigung erfolgt bedarfs- und maßnahmeorientiert. Die Beschäftigung erfolgt kurzfristig für einige Wochen oder Monate. Typische Aushilfsarbeiten sind die manuelle Erfassung von großen Datenbeständen zum Aufbau neuer Datenbanken oder kurzfristige Supportleistungen beim Auf- und Ausbau der Infrastrukturen in den Behörden der Ressorts.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51101
Zweckbestimmung:	Telefongebühren

Ansatz Ist 2011:	1.457.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.300.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.500.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wenn das Land für die Daten und Sprachkommunikation das gleiche Netz verwendet, wie stellt das Land sicher, dass die Sprachqualität nicht sinkt?

Wurde die Verzögerung (Latenz) bei der Übermittlung der Sprachkommunikation überprüft?

Wie hoch ist aus Sicht des Landes die maximal hinnehmbare Verzögerung bei der Sprachkommunikation?

Wie wird sichergestellt, dass diese nicht überschritten wird?

Antwort Landesregierung:

Die Voice-Daten werden beim Datentransport im WAN priorisiert. Die Sprachqualität ist nachgewiesen hoch.

ja

[Hinweis: Bei der Einrichtung der IP-Telefonie wurden die Verzögerungszeiten einschließlich der Vermittlungstechnik geprüft.]

Die End-to-End Verzögerung für Voice im Landesnetz bleibt unter 100ms.

Neben der Priorisierung im WAN werden auch die aktiven LAN-Komponenten entsprechend justiert. In beiden Systemen müssen QoS-Parameter eingehalten werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51101
Zweckbestimmung:	Telefongebühren

Ansatz Ist 2011:	1.457.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.300.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.500.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kam es zu der deutlichen Einsparung von 2009 (2.501.300 Euro) bis 2011 (1.457.900 Euro)?

Wie stellt das Land sicher, dass z.B. Senkungen der Mobilfunkterminierungsentgelte durch die Bundesnetzagentur über die Telefonanbietern an das Land weitergegeben werden?

Antwort Landesregierung:

In 2009 wurde der Telefongebührenvertrag (feste Anschlüsse am öffentlichen Telefonnetz) für das Land neu ausgeschrieben. Die Konditionen waren deutlich günstiger als in den Vorjahren. Dies wirkte sich erstmalig im Haushalt 2010 und anschließend auf die Ausgabenplanungen der Folgejahre aus.

Die Telefongebühren des Landes werden derzeit durch eine Flatrate abgegolten. Die Gebühren für den Übergang vom Festnetz zum Mobilnetz sind in der Flatrate enthalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51102
Zweckbestimmung:	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen

Ansatz Ist 2011:	54.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	103.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	55.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Was ist unter Umschaltgebühren zu verstehen?

Wodurch werden diese verursacht?

Wie hoch sind die Gebühren für einen einzelnen Umschaltvorgang?

Antwort Landesregierung:

Unter Umschaltgebühren im Bereich des Sprachnetzes versteht man alle Netzreparaturen und Leistungsarbeiten in den Liegenschaften der Landesverwaltung.

Die o. g. Arbeiten entstehen durch z. B. durch interne Kabelbrüche/schäden, Beschädigungen sonstiger / aller Art, die räumliche Verlegung von Kabeln oder Anschlüssen, Telefonapparaten pp.

Je nach Sachlage sind die Kosten unterschiedlich. Es gibt daher keinen festen Gebührensatz für einen einzelnen Umschaltungsvorgang.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51103
Zweckbestimmung:	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen

Ansatz Ist 2011:	2.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	50.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	50.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Was ist unter Umschaltgebühren zu verstehen?

Wodurch werden diese verursacht?

Antwort Landesregierung:

Unter Umschaltgebühren im Bereich des Datennetzes versteht man alle Netzreparaturen und Leistungsarbeiten in den Liegenschaften der Landesverwaltung.

Die o. g. Arbeiten entstehen durch z. B. durch interne Kabelbrüche/schäden, Beschädigungen sonstiger / aller Art, die räumliche Verlegung von Kabeln oder Anschlüssen pp.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51144
Zweckbestimmung:	Ausgaben der Nutzung von Smartphones wie z. B. Blackberry (Mobile Kommunikation)

Ansatz Ist 2011:	59.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	74.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Auf welcher Datengrundlage erfolgt diese hohe Veranschlagung?

Ist es zulässig, in einer Zweckbestimmung einen konkreten Markennamen zu verwenden?

Antwort Landesregierung:

Die Veranschlagung erfolgt aufgrund der Anzahl der eingesetzten Smartphones mit Zugang zu IT-Systemen des Landes.

Der Begriff Blackberry ist ein Arbeitsbegriff und grundsätzlich markenneutral zu verstehen. Um Missverständnissen vorzubeugen, wird diese Bezeichnung künftig in der Zweckbestimmung entfallen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51144
Zweckbestimmung:	Ausgaben der Nutzung von Smartphones wie z. B. Blackberry (Mobile Kommunikation)

Ansatz Ist 2011:	59.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	74.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt dieses Ausgabenmuster zustande?

Welche Kosten sind in diesem Posten enthalten? (Endgeräte, Mobilfunkverträge, Infrastruktur wie Server, Lizenzkosten)

Wie hoch sind die einzelnen Kosten?

Antwort Landesregierung:

Der Titel 51144 wurde 2011 als Leertitel in den Haushalt aufgenommen und diente bislang der haushaltsrechtlichen Abwicklung. Ein Ansatz wird in 2013 erstmalig veranschlagt.

Der Titel umfasst die Ausgaben der Beschaffung, die Betriebs- und Mobilfunkkosten für die sichere Nutzung der mobilen Endgeräte.

Die Ausgabenplanung weist vertragliche Leistungen i.H.v. 56 T€ aus. Für die Beschaffung von weiteren Endgeräten und den damit verbundenen Betriebs- und Mobilfunkkosten sind in den Ressorts 18 T€ eingeplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51144
Zweckbestimmung:	Ausgaben der Nutzung von Smartphones wie z. B. Blackberry (Mobile Kommunikation)

Ansatz Ist 2011:	59.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	74.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum ist der Einsatz von Blackberry für die mobile Kommunikation notwendig?

Wurden Alternativen geprüft, wie z. B. mit dem SimKo System von T-Systems?

Hat das Land den Einsatz von lizenzkostenfreien alternativen wie "GNU Privacy Guard" zur sicheren Mailkommunikation geprüft?

Wie wird sichergestellt, dass der kanadische Hersteller nicht die Kommunikation der Schleswig-holsteinischen Ministerien mithört?

Antwort Landesregierung:

Für die mobile Kommunikation in der Landesverwaltung ist ein Verfahren dann sinnvoll, wenn es den Anforderungen an Sicherheit, Funktionalität und Wirtschaftlichkeit entspricht. Anforderungen aus der Landesverwaltung aber auch der Politik ein entsprechendes Verfahren einzusetzen, bestehen seit geraumer Zeit. Dataport hat im Auftrage der Freien und Hansestadt Hamburg ein sicheres Blackberry-Verfahren umgesetzt. Unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit hat Schleswig-Holstein die Möglichkeit wahrgenommen, diesen Dienst bei Dataport zu nutzen. Ein gleichwertiger mit anderer Hardware ist zzt. in der Umsetzung (siehe letzter Abschnitt).

Die Alternativen wurden betrachtet.

GNU-Privacy Guard (freier Ersatz für PGP)“ wurde im Rahmen der PKI-Überlegungen (Public-Key-Infrastruktur = digitale Zertifikate) und des E-Mail-Verbundes der Landesbehörden betrachtet.

Im Rahmen der Sicherheitsbewertung und Restrisikoanalyse sind Gespräche dazu mit dem Hersteller und Dataport, sowie mit der Freien und Hansestadt Hamburg geführt worden. Das Gutachten von Fraunhofer SIT bestätigt dabei, dass keine Aktivitäten zur Kompromittierung der Verbindung festzustellen sind. Dieses wurde bis auf weiteres akzeptiert. Das Blackberry-System für SH befindet sich in der Ablösung durch Smartphones und Tablets. Die notwendige Sendbox arbeitet mit einer eigenständigen Vollverschlüsselung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	51802
Zweckbestimmung:	Mieten für Fernsprecheinrichtungen

Ansatz Ist 2011:	13.421.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	11.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	13.465.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Was ist unter Fernsprecheinrichtungen zu verstehen?

Warum mietet das Land diese und schafft diese nicht selbst an?

Warum sollte ein privater Anbieter, der solche Anlagen vermietet, dies für weniger Geld machen, als die Anschaffung und ggf. die Wartung kostet?

Antwort Landesregierung:

Unter Fernsprecheinrichtungen ist die gesamte Hard- und Software der Telefonausstattung des Landes SH zu verstehen.

Bis 1999 war das Land Schleswig-Holstein Eigentümer aller seiner Telefonsysteme (rd. 250 TK-Anlagen). Da für alle Systeme eine Reinvestition an stand und das Land keine entsprechend hohe Geldsumme bereit stellen konnte, wurden per Ausschreibung alle Telefonsysteme neu angemietet. Zudem wurde das landeseigene Wartungs- und Instandhaltungspersonal für die Telefonsysteme eingespart.

In der Miete ist die Instandhaltung der Systeme enthalten. Somit ist die Miete immer teurer als der reine Kauf. Dennoch rechnet sich dieses Modell für das Land Schleswig-Holstein, da es kein eigenes Personal vorhalten muss und immer aktuelle Technik einsetzen kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	53303
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an Dataport

Ansatz Ist 2011:	7.294.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	8.495.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	7.300.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie ist die mehr als Verdopplung der IST-Kosten für diesen Posten von 2009 (2.963.400 Euro) bis 2011 (7.294.500 Euro) zu erklären?

Wurden diese Kosten anderswo eingespart?

Hat sich gegenüber den deutlich erhöhten Kosten ein Mehrwert ergeben?

Warum konnte der Ansatz für den Haushalt 2012 auf die Höhe der Ist-Ausgaben 2011 zurückgeführt werden?

Antwort Landesregierung:

Der Ansatzplanung in der MG 03 für das Datennetz in Schleswig-Holstein liegt eine Maßnahmenplanung zugrunde, die ab 2010 den Aufbau einer Redundanz (Back-up) zum bestehenden Landesnetz beinhaltet. Der Aufbau eines neuen Netzes wird mit durchschnittlich 5,0 Mio. € über alle Titel in der MG 03 veranschlagt.

Die Ausgaben waren im Rahmen der Obergrenzen des IT-Budgets zu erwirtschaften.

Ja, es hat sich ein Mehrwert ergeben. Gemeinsam mit der Errichtung des flächendeckenden BOS Digitalfunknetzes (Projekt des IM) entsteht eine von der Telekom unabhängige Versorgungsstruktur, in der sowohl die Anforderungen an ein Zugangsnetz für den BOS-Digitalfunk als auch die Anforderungen für ein Redundanznetz zum Transport von Daten und Sprache abgedeckt werden.

Die Ausgaben zum Aufbau des Redundanznetzes gestalten sich gem. der Projektplanung in den Jahren unterschiedlich hoch.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	53304
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an die TELEKOM

Ansatz Ist 2011:	10.546.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	11.831.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	11.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Um was für Leitungen handelt es sich hier?

Wäre der Aufbau einer eigenen Infrastruktur nicht langfristig günstiger?

Wie ist die deutliche Steigerung der Kosten von 2009 (7.096.500 Euro) bis 2011 (10.546.500 Euro) zu erklären?

Antwort Landesregierung:

Es handelt sich um die landeseinheitliche Netzplattform für Sprache und Daten (Landesnetz) und ist die Datentransportinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Sie ist von der Telekom angemietet und bildet die Grundlage für jeglichen Sprach- und Datentransport zwischen den Landesbehörden, Schulleitungen sowie den Zugang zum öffentlichen Netz. Die Kommunen nehmen ebenfalls am Datentransport im Landesnetz teil.

Nein. Der Aufbau einer eigenen Netzinfrastruktur im Flächenland Schleswig-Holstein (zzt. 1400 Anschlüsse) übersteigt regelmäßig die finanziellen Möglichkeiten des Landes.

In dieser Steigerung (seit 2009) sind zum einen die Anschlüsse von rd. 900 Schulleitungen/Lehrer enthalten, zum anderen bestand nach 10 Jahren Betrieb die Notwendigkeit, deutliche Erweiterungen der Anschlussbandbreiten vornehmen zu müssen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	53356
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen

Ansatz Ist 2011:	49.268.100 EUR
Ansatz Soll 2012:	45.240.100 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	49.953.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Ausgaben verbergen sich hinter diesem Posten? Bitte schlüsseln Sie die einzelnen Ausgaben genauer auf.

Um welche Projekte/Aufgaben handelt es sich?

Welche Firmen waren an diesen Projekten beteiligt und welche Aufgaben wurden von ihnen erfüllt?

Warum kann das Land diese Aufgaben nicht selbst erfüllen?

Warum wurde nicht alternativ Personal durch das Land ggf. auch befristet angestellt?

Wurden die Verträge ausgeschrieben? Wenn ja: Wie und wo? Wenn nein: Warum nicht?

Antwort Landesregierung:

Die Ausgaben sind für Verträge mit Dataport eingeplant. In der Regel handelt es sich um Dienstleistungsverträge.

Die Ansatzmittel werden überwiegend zum Betrieb der Großrechnerverfahren in den Rechenzentren in Altenholz und Hamburg, für Unterstützungsleistungen beim Support und der Administration der Systeme durch Dataport in den Ressorts der unmittelbaren Landesverwaltung sowie der Pflege der eingesetzten Software verwendet.

Die Verträge werden aussch. mit Dataport geschlossen.

Es ist wirtschaftlicher den zentralen IT-Dienstleister Dataport für Unterstützungsleistungen aller Art zu nutzen, als eigenes Personal einzustellen.

Fragen der

Die Verträge mit Dataport sind wie öffentlich rechtliche Verträge gem. § 101 LVWG zu behandeln und unterliegen nicht der Ausschreibungspflicht der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL / A / EG). Es handelt sich hierbei stets um ein Inhouse-Geschäft, da Dataport Teil der mittelbaren Landesverwaltung Schleswig-Holstein ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	53413
Zweckbestimmung:	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen

Ansatz Ist 2011:	504.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	599.800 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	504.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Für welche externen Datenbanken und andere externe Informationen wurden die Mittel aufgewendet?

Welche Informationen werden hier durch welche Landesstelle benötigt?

Warum gab es eine einmalige Steigerung um rund 100 000 Euro - für welche zusätzlichen Dienste wurden diese benötigt?

Antwort Landesregierung:

Die Ressorts nutzen diverse kleinere wissenschaftliche Datenbanken unterschiedlicher Anbieter, Rechtsinformationssysteme wie juris und beck-online sowie sonstige Dienste wie z. B. DPA-Bilder pp.

Alle Dienststellen der Landesverwaltung haben entsprechende Bedarfe. Es werden Informationen zur Erledigung der behördlichen Aufgaben nachgefragt.

Die Ansätze werden entsprechend den Maßnahmenplanungen der Ressorts veranschlagt. In 2012 haben sich insbesondere Planungen im Bereich der Denkmalpflege und Archivverwaltungen nicht realisiert. Der Ansatz 2013 wurde daher wieder der Ist-Entwicklung angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	53503
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT

Ansatz Ist 2011:	44.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	288.400 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	40.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Soll-Wert 2012 liegt um gut 240.000 EUR über dem Ist-Wert 2011. Der Soll-Wert 2013 ist wieder um gut 240.000 EUR reduziert worden.

Warum gibt es diese Schwankungen und warum sind die Ausgaben auch inhaltlich so breit gestreut?

Antwort Landesregierung:

Durch neue Zielsetzungen in den Ressorts haben sich wesentliche Veranstaltungsplanungen geändert und die Ansatzplanungen reduziert.

Schwankungen ergeben sich in diesem Titel, da sich geplante Veranstaltungen im Bereich der IT oftmals zeitlich und inhaltlich nicht realisieren lassen. Die konkreten Bedarfe formulieren sich daher unterjährig und müssen vom ZIT SH nachgesteuert werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	63102
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an den Bund

Ansatz Ist 2011:	111.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	186.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	115.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wird die gesamte Summe zur Einrichtung und Pflege eines IT-Verfahrens zum Einbehalt der Kirchensteuer auf Kapitalertragssteuer verwendet?

Warum gibt es den einmaligen Peak 2012?

Antwort Landesregierung:

Nein, in dem Titel sind alle Verpflichtungen der Ressorts gegenüber dem Bund veranschlagt.

In 2012 sind erstmalig die Ausgaben der Geschäftsstelle und die lfd. Projekte beim IT-Planungsrat veranschlagt. Die Ausgabenplanung wird sich 2013 konkretisieren. Ggf. ist der Ansatz innerhalb des IT-Budgets im Haushaltsvollzug 2013 im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit zu verstärken und zum Haushalt 2014 anzupassen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	71131
Zweckbestimmung:	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen

Ansatz Ist 2011:	253.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	406.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum sollen ab 2013 die Ausgaben entgegen dem bisherigen Trend auf null fallen?

Antwort Landesregierung:

Die Ansätze werden entsprechend den IT-Maßnahmenplanungen der Ressorts veranschlagt. Konkrete Planungen für 2013 liegen nicht vor. Die dem Ansatz 2012 zu Grunde liegenden Planungen der Ressorts befinden sich in der Abwicklung.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	02
Titel:	81246
Zweckbestimmung:	Erwerb von Hard- und Software

Ansatz Ist 2011:	7.619.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	13.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	10.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Softwarelizenzverträge und IT-Wartungsverträge wurden mit wem, über welches Produkt, mit welchem finanziellen Volumen, über welche Anzahl an Lizenzen mit einem Volumen von mehr als 10.000 € (kumuliert pro Vertragspartner) geschlossen?

Wurde geprüft ob die Kosten für Softwarelizenzen und IT-Wartungsverträge durch den Einsatz von Open-Source-Software nachhaltig gesenkt werden können? Wenn ja, wird um eine Darstellung der Prüfung gebeten.

Antwort Landesregierung:

Hinsichtlich der Fragestellungen im 1. Absatz wird auf die Antwort des ZIT SH zur kleinen Anfrage der PIRATEN - KA 222 - vom 08.11.2012 verwiesen.

Ja. In Schleswig-Holstein gehört Open Source zur strategischen Gesamtaufstellung. Es wird dabei im Einzelfall zwischen funktionalen Anforderungen, den Bedürfnissen hinsichtlich Sicherheit und Nachhaltigkeit, der Wirtschaftlichkeit und den Kooperationsmöglichkeiten abgewogen und über den Einsatz entsprechender Software entschieden.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	63313
Zweckbestimmung:	Zuweisung an Kommunen für den Betrieb und die Entwicklung von IT-Standards und der E-Government-Infrastruktur

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.500.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum wird dieser Haushaltsposten seit 2009 nicht genutzt?

Warum wird das hier eingeplante Geld nicht dem Titel 1403 - 68501 013 übertragen?

Antwort Landesregierung:

Die Veranschlagung der Ansätze aus Landesmitteln erfolgt in dem Titel 63313. Es besteht eine Deckungsbeziehung zu Gunsten des Titels 68501.

Ausgaben für kommunale Aufwände, die durch das Land Schleswig-Holstein für die Kommunen lt. benannter Zielvereinbarung getätigt werden, sind entsprechend der Haushaltssystematik bei Titel 68501 zu verausgaben.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	14
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	68502
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für laufende Zwecke des Kommunalen Forums für Informationstechnik e. V. (KomFIT)

Ansatz Ist 2011:	972.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Die IST-Ausgaben haben sich deutlich erhöht von 653.500 Euro (2009) auf 972.700 Euro (2011). Wird sichergestellt, dass die geplante Höhe von 1.000,000 für das Jahr 2013 nicht überschritten wird?

Antwort Landesregierung:

Das KomFIT hat 2011 und 2012 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1,0 Mio. € gem. § 19 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG) aus dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) erhalten. Die IST-Ausgaben können schwanken, da die Mittel durch den Beirat des Kommunalen Investitionsfonds (KIF) bewilligt und fachbezogen gesteuert werden.

Für das Haushaltsjahr 2013 ist durch Änderung des Finanzausgleichsgesetzes durch Artikel 1 Nr. 4 a) des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes 2013 vorgesehen, die bisherige Regelung des § 19 Abs. 3 FAG fortzuschreiben. Die Einhaltung des Ansatzes wird im Haushaltsvollzug sichergestellt.